

Die Freiheit

Redaktion: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19 III.
Fernsprecher: Amt Norden 2893 und 2896.

Expedition: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19 IV.
Fernsprecher: Amt Norden 9768.

Die „Freiheit“ erscheint zweimal täglich, morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin monatlich 2 M. Für die Erledigung auswärtiger Bestellungen ist vorherige Einlösung der Bezugsgebühr erforderlich. — Die „Freiheit“ ist im ersten Nachtrag der Postgesetzgebung für 1910 eingetragen und kostet bei direktem Postbezug ohne Bestellgebühr monatlich 2 M., bei Zustellung unter Streifenband 4 M.

Berliner Organ

Inserate kosten die Siebengespaltene Nonpareilzeile ober deren Raum 70 Pf. „Kleine Anzeigen“ das festgedruckte Wort 30 Pf., jedes weitere Wort 15 Pf. Die dreigespaltene Reklamazeile 3 M., Teuerungszuschlag 30 %. Bei Familienanzeigen, Versammlungsanzeigen von Gewerkschaften und politischen Organisationen fällt der Teuerungszuschlag fort. Inserate für den darauf folgenden Tag müssen spätestens bis 5 Uhr abends bei der Expedition, Schiffbauerdamm 19, aufgegeben sein.

der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Jahrgang 2

Samstag, den 5. Januar 1919

Nummer 8

Achtung!

Arbeiter! Parteigenossen!

Die Regierung Ebert-Scheidemann hat ihr revolutionärschändliches Verbrechen zu einem neuen niederträchtigen Anschlag gegen die revolutionäre Arbeiterschaft Groß-Berlins gesteigert:

Sie versucht den Polizeipräsidenten Eichhorn in heimtückischer Weise aus seinem Amte zu drängen. Sie will ihr willkürliches Werkzeug den derzeitigen preussischen Polizeiminister Ernst an Eichhorns Stelle setzen.

Die Regierung Ebert-Scheidemann will damit nicht nur den letzten Vertrauensmann der revolutionären Berliner Arbeiterschaft beseitigen, sondern vor allem in Berlin ein Gewaltregiment gegen die revolutionäre Arbeiterschaft aufrichten.

Arbeiter! Parteigenossen!

Es handelt sich hierbei nicht um die Person Eichhorns, ihr selbst sollt vielmehr nur den Gewaltstreik um den letzten Rest der revolutionären Erntungschaften gebracht werden.

Mit Hilfe der Bajonette will die Ebert-Regierung mit ihren Helfershelfern im preussischen Ministerium ihre Macht stützen und sich die Gunst des kapitalistischen Bürgertums sichern, dessen verkäufte Interessensvertreter sie von Anfang an waren.

Mit dem Schlage, der gegen das Berliner Polizeipräsidium geführt wird, soll das ganze deutsche Proletariat, soll die ganze deutsche Revolution getroffen werden.

Arbeiter! Parteigenossen!

das könnt, das dürft ihr nicht dulden!

Heraus darum zu wichtigen Massendemonstrationen.

Seid den Gewalttätern von heute eure Macht, zeigt, daß der revolutionäre Geist der Novembertage in Euch nicht erloschen ist!

Sammelt Euch heute Sonntag um 2 Uhr zu imposanten Kundgebungen in der Siegesallee!

Marchiert in Massen auf!

Es gilt eure Freiheit, es gilt eure Zukunft, es gilt das Schicksal der Revolution!

Nieder mit der Gewalttätigkeit der Ebert-Scheidemann-Ditich und Ernst!

Es lebe der revolutionäre internationale Sozialismus.
Berlin, den 5. Januar 1919.

Die revolutionären Obleute und Vertrauensmänner der Großbetriebe Groß-Berlins.

Der Zentralvorstand der sozialdemokratischen Wahlvereine Groß-Berlins, der unabhängigen Sozialdemokratischen Partei.

Die Zentrale der kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund).

Bis zum Redaktionsschluss hatte sich Ernst noch nicht im Polizeipräsidium sehen lassen. Genosse Eichhorn gedenkt auch nicht ohne weiteres dem Erlaß Folge zu leisten, es muß ihm doch schließlich daselbe Recht zustehen, wie jedem Angestellten, die Gründe für die Maßregelung kennen zu lernen und darauf antworten zu können. Und im übrigen ist Genosse Eichhorn nicht Polizeipräsident geworden von Gnaden der Geheimräte und des Ministers, sondern kraft des revolutionären Volkswillens, und der allein wird auch für seine weiteren Entschlüsse maßgebend sein.

Das provisorische bayerische Staatsgrundgesetz.

München, 4. Januar (Drahtbericht der „Freiheit“). Die bayerische Regierung hat folgenden Erlaß herausgegeben: Bayern ist eine Republik und Mitglied der Vereinigten Staaten Deutschlands. Die höchste Gewalt des bayerischen Staates liegt beim Volk. Das Volk äußert seinen Willen durch Abstimmung und Wahl der Staatsbürger und die durch die Verfassung eingesetzten Organe.

Durch Wahl der Staatsbürger wird der Landtag gebildet, der aus einer Kammer besteht. Die Wahl ist allgemein, gleich, unmittelbar, geheim nach dem Verhältnis der Stimmen.

Wahlberechtigt sind alle bayerischen Staatsbürger. Wählbar sind alle Staatsbürger über 25 Jahre.

Die oberste vollziehende Gewalt wird vom Gesamtministerium ausgeübt.

Das Gesamtministerium hat das Recht, Beschlüsse des Landtags spätestens innerhalb vier Wochen der Volksabstimmung (Referendum) zu unterbreiten. In solchen Fällen werden die Beschlüsse des Landtags erst wirksam, wenn sie in der Volksabstimmung mit einfacher Mehrheit der abstimmenden Staatsbürger bekräftigt sind. Entscheidet die Volksabstimmung gegen den Landtag, so ist er aufzulösen; entscheidet sie gegen das Gesamtministerium, so hat es zurückzutreten.

Der Staat sichert die Unverletzlichkeit der Person, Freiheit des Glaubens und der Meinung in Rede und Schrift, Freiheit der Lehre, Wissenschaft und Kunst.

Das Eigentum ist unverletzlich. Die Enteignung des Vermögens kann nur zum Zwecke des Gemeinwohls auf Grund von Gesetzen erfolgen. Vor dem Gesetz sind alle Einwohner gleich. Niemand darf seinem gesetzlichen Richter entzogen werden. Die Rechtssprechung wird durch unabhängige Gerichte ausgeübt.

Alle Vorrechte der Geburt und des Adels sowie Titel, die keine Berufsbezeichnung sind, werden aufgehoben. Neue Titelkommissionen dürfen nicht errichtet werden. Die bestehenden sind durch besonderes Gesetz aufzuheben.

Die öffentlichen Lasten sind nach der Leistungsfähigkeit zu verteilen. Die Gemeinden und Gemeindeverbände haben das Recht auf weitgehende Selbstverwaltung. Die Wahlen zu den Gemeindevertretungsorganen erfolgen nach den Grundätzen des Landtagswahlrechts.

Die Glaubensgesellschaften sind unabhängig vom Staate und unterstehen dessen Schutz. Alle Glaubensgesellschaften sind gleichberechtigt und frei in ihrer Betätigung. Niemand kann zum Eintritt in eine Glaubensgesellschaft, zur Teilnahme an ihrem Kultus oder zum Verbleib in einer Glaubensgesellschaft gezwungen werden. Bestehende Rechte der Glaubensgesellschaften können nur auf dem Wege der Gesetzgebung abgeändert werden.

Das Unterrichtswesen ist eine staatliche Angelegenheit. Die Erteilung des Religionsunterrichts unterliegt den Glaubensgesellschaften. Staatliche Lehrpersonen können zur Erteilung des Religionsunterrichts nicht gezwungen werden. Die Erziehungsberechtigten können von Staate wegen nicht gezwungen werden, die ihnen anvertraute Jugend zur Teilnahme am Religionsunterricht oder an religiösen Übungen anzuhalten.

Die Beamten haben das unbeschränkte Recht ihrer staatsbürgerlichen Betätigung. Die Rechte der Beamten bleiben unangetastet.

Bis zur endgültigen Erledigung des Verfassungsentwurfs, der dem Landtag sofort nach seinem Zusammentreten vorgelegt werden muß, übt die revolutionäre Regierung die gesetzgebende vollziehende Gewalt aus.

Dieses Staatsgrundgesetz tritt, insoweit es nicht solche Programmpunkte enthält, mit seiner Verkündung in Kraft.

Entlassung des Polizeipräsidenten.

Genosse Eichhorn erhielt am Sonnabend nachmittags 1/2 Uhr folgendes Schreiben:

Ministerium des Innern.

11 b. 46.

Berlin, 4. Januar 1919.

NW. 7. Unter den Linden 72/73.

Wir entlassen Sie hierdurch mit dem heutigen Tage bei Kündigung dieses Erlasses aus der kommissarischen Verwaltung des Polizeipräsidiums Berlin. Herr Minister Ernst hat sich bereit erklärt, bis auf weiteres neben seinen bisherigen Funktionen die Leitung des hiesigen Polizeipräsidiums zu übernehmen und wird den Dienst noch heute antreten.

ges. Ditich.

An den Volksbeauftragten

Herrn Eichhorn

Hier

Ab. Polizeipräsidium.

Dieser sogenannte Erlaß ist nur der Schlusspunkt der aus dem Ministerium des Innern und dem Reichskanzlerpalais geschickten Debe, die seit dem blutigen Weihnachtsfesttag gegen den Genossen Eichhorn im „Vorwärts“ und der bürgerlichen Presse getrieben wurde. Alle Schleißen der Gemeinheit wurden geöffnet, um die letzte Machtposition zu erschüttern, die der Arbeiterklasse nach der „Säuberung“ der Reichsregierung und des preussischen Ministeriums noch inne hatte. Und am Ende wurde im Ministerium des Innern noch eine schamlose Komödie aufgeführt, durch die der Schein erweckt werden sollte, als ob die Geschäftsführung des Genossen Eichhorn Anlaß zum Einschreiten biete. Der Ministerialdirektor Freund kündigte am Donnerstag nachmittags dem Genossen Eichhorn an, er möge Freitag mit 12 Uhr zu einer Sitzung im Ministerium erscheinen. Der Zweck der Sitzung wurde nicht bekannt gegeben. Um so besser hatten sich die Macher des lauberen Stückes vorbereitet. Sie hatten von Anfang an mit den Mitteln gearbeitet, die sie aus der alten Zeit gewöhnt sind: sie hatten einen ausgedehnten Spionagedienst im Polizeipräsidium organisiert, wobei sie durch ältere Beamte, teils angeworben, teils freiwillig unterstützt wurden. Selbst Neukernungen, die Genosse Eichhorn zu einzelnen Beamten unter vier Augen gemacht, wurden von dem Regierungsrat Dove, einem fanatischen Verteidiger des alten preussischen Systems, ausgenutzt um Eichhorn zu diskreditieren. Dabei wurden den Beamten Worte in den Mund gelegt, die sie entschieden bestritten. Und dieser von dem Minister Ernst als sehr

fortschrittlich gepriesene Herr Dove hatte den Beamten gegenüber nicht einmal den Mut, zu seinen Angaben zu stehen.

Der Verlauf der Sitzung im Ministerium ließ keinen Zweifel, daß es sich um eine rein politische Aktion handelte. Es wurden zwar dem Genossen Eichhorn heftige Vorwürfe gemacht, daß er sich fortwährend gegen den heiligen St. Bürokratismus veründigt hatte, daß er nicht regelmäßig dem Minister berichtet, nicht, wie das üblich gewesen, politische Stimmungsbilder eingeleitet, nicht rechtzeitig den Etat des in fortwährender Entwicklung begriffenen Sicherheitsdienstes eingereicht habe usw. Dieser Schand ist Genosse Eichhorn nun freilich in gewissem Maße schuldig. Er hat die Schutzleute entwaffnet und entmilitarisiert, ohne das Ministerium zu fragen, hat für sie den Achtundtagsentwurf erlassen, hat auf dem Gebiete der Sittenpolizei, Zensur, Verordnungsrecht usw. Reformen durchgeföhrt, ohne die ministerielle Sanktion einzuholen, die Strafe für Demonstrationen freizugeben, in drohenden großen Streiks vermittelte und auf die Gegenrevolution ein klares Auge gehabt — alles Dinge, die ein Polizeipräsident früher ohne ausdrücklichen Auftrag des Ministeriums sicher nicht tun durfte.

Aber das war hier nicht die Hauptsache: Die kategorisch gestellten Fragen lauteten: Sind am 24. Dezember im Polizeipräsidium Waffen an die Arbeiter verteilt und die Arbeiter zum Streik aufgefordert worden? Wie stellt sich Eichhorn zur Nationalversammlung?

Es ist natürlich blanke Unfug, daß der Polizeipräsident in die Betriebe telephonierte, um die Arbeiter zusammenzuberufen und zu bewaffnen, die Arbeiter wissen allein, was sie zu tun haben. Aber gerade über den blutigen Weihnachtsabend sollte Eichhorn fallen, damit die Bourgeoisie Vertrauen zu den Saboteuren der Revolution auf den Ministerieseln gewinne. Deshalb hatte die geschickte Regie der Macher für einen militärischen Zeugenapparat gesorgt, durch den bewiesen werden sollte, daß das Polizeipräsidium Arbeiter bewaffnet und zum Streik aufgefordert habe. Auch dieser Umstand beweist, daß es sich um einen lange vorbereiteten Coup handelt, der jetzt, nachdem die Unabhängigen aus der Regierung vertrieben, zur Ausführung gelangen konnte. Es gehört natürlich auch zu diesem Streike, daß über die antische Auseinandersetzung im Ministerium des Innern, an der nur Minister, Ministerialräte und zwei Mitglieder des Zentralrates teilnahmen, ein tendenziös entstellter Bericht in der Presse erschien, darauf zugeschnitten, bei den Feinden der Revolution den Anschlag auf das Polizeipräsidium zu rechtfertigen. —

Eine gefährliche Politik.

Die Regierung Ebert-Scheidemann gerät rasch auf eine schiefere Ebene. Nicht nur im Innern sucht sie sich auf die Gewalt zu stützen und beginnt mit deren alten Vertretern zu partieren, auch in ihrer auswärtigen Politik erwirft sie zu denselben Mitteln und beschwört über Deutschland ernste Gefahren herauf. Amlich wird gemeldet:

Die Beratungen der Reichsregierung und des Senatsrats, die unter Führung des neuen Reichsministers in den letzten Tagen stattgefunden haben, sind in allgemeiner Uebereinstimmung beendet worden. Man hat sich angeeignet der Ereignisse zu einem wesentlichen Ausbau des Grenzschutzes entschlossen. Am Dienstag wird der Ruf aus die Freiwilligen ergehen, und es werden gleichzeitig die einschlägigen Bestimmungen über die Kommandostellen, die Höhe der Löhnung und die Art der Organisation veröffentlicht werden.

Uns scheint diese Art des Vorgehens außerordentlich verfehlt zu sein. Wir verdrängen uns sehr wenig von der Gewaltwendung und wir meinen, daß ein neuer Krieg vermieden werden muß. Schon hören wir den größten Teil der bürgerlichen Presse wie den „Vorwärts“ dieselben nationalstolischen Töne anschlagen, die uns aus den ersten Augusttagen noch in so trauriger Erinnerung sind. Schon sammeln sich unter der Flagge des Ostschutzes Offiziere, die noch andere Pläne im Schilde führen, als den Schutz der Heimat. Die Regierung sollte es sich diesmal überlegen ehe sie sich auf ein Abenteuer einläßt — und das ist jetzt ein Krieg an der polnischen Grenze —, dessen Ausgang sehr ungerühmt ist.

Sozialistisch und demokratisch ist dies Vorgehen nicht. Wir denken protestieren gegen eine Politik, die uns Gefahren im Innern und Verwickelungen von außen bringen wird, auf das Entschiedenste.

Englands Stellung zur deutschen Revolution.

Nachdem wir bereits die zahllosen Meldungen der bürgerlichen Presse und des „Vorwärts“ über eine angeblich androhte Einwirkung der Entente als Schwindel entlarvt haben, nachdem Frankreich und Amerika bereits derartige Behauptungen zurückgewiesen haben, liegt nun auch eine Nachricht vor, die die Stellung der maßgebenden englischen Politiker zur deutschen Revolution mit nicht zu überbietender Offenheit kundtut.

Die „Neue Züricher Zeitung“ veröffentlicht in der Mittagsausgabe vom 30. Dezember den Inhalt einer Unterredung, die ihr politischer Redakteur mit dem amtlichen Vertreter Englands in einer schweizerischen Großstadt hatte. Wenn es sich nicht um den englischen Gesandten selbst handelt, kann also nur der Chef einer der politischen Missionen Englands in der Schweiz, ein Generalkonsul, kurz eine Persönlichkeit von Bedeutung, in Frage kommen. Dieser Herr, der am 15. Dezember aus London in die Schweiz zurückgekehrt ist, äußert sich am Schluß seiner Unterhaltung wie folgt:

Man weiß, daß die Ankunft britischer Truppen, wenn auch nicht dem deutschen Volke willkommen, so doch vielen, so namentlich den Rheinverwehrenden erwünscht war, als Schutz gegen die extremistischen Elemente, und man vertritt in England die Anschauung, daß Großbritannien nicht verpflichtet ist, Polizeidienste zu leisten und den deutschen Behörden bei der Unterdrückung von Unruhen, die als Folge der früheren Miswirtschaft erfolgt sind, mitzuhelfen. Die Entwicklung der Revolution und ihre Folgen werden als ausschließlich deutsche innerpolitische Angelegenheit betrachtet, die einzig und allein dem deutschen Volk überlassen werden sollte.

Welche Schmach für unsere Kriegsheber, die England vernichten wollten, von einem Engländer so klug durchschaut und kühl abgelehrt zu werden!

Ist aber die Regierung Ebert-Scheidemann nun wirklich das Ideal für die Engländer, würden die Engländer die Ebert-Scheidemann einer anderen, radikaleren, unkompromittierten Regierung vorziehen? Auch darauf wird von dem Gewährsmann der „N. Z. Z.“ eine klare Antwort gegeben:

In manchen Kreisen der britischen Bevölkerung ist noch ein gewisses Maß von Mißtrauen in die heutige deutsche Regierung zu verspüren, und zwar nicht etwa, weil man die demokratischen Absichten der gegenwärtigen Führer bezweifelt, sondern weil von Seiten der Berliner Regierung bis heute eine Debatte über die früheren Außenpolitik des Reiches und eine Übernomme der Verantwortung für den Beginn des Krieges und die ungeschickten und unemphatischen Methoden derselben, nicht erfolgt ist. Man kommt darüber nicht hinweg, daß dieselben Herren Scheidemann, Ebert und Genossen, die heute regieren, noch vor wenigen Monaten in ihren eigenen sozialistischen Organen einen Siegfrieden gepredigt und im Reichstag Kriegskredite für die kaiserliche Regierung bewilligt haben.

Ob der „Vorwärts“ nun noch immer die Stirn haben wird, den Einmarsch der Entente anzukündigen und die Entente als Schlichter der Ebert-Scheidemann anzugeben? Die Wahrheit ist hoffentlich endgültig festgestellt.

Ein mißglückter Putz.

In Czuchan ist es am gestrigen Tage, nach einer Tel.-U.-Meldung, zu einem großen Putz gekommen. Die dortigen Arbeiter- und Soldatenrat gekommen. Die Offiziere hatten im Verein mit Unteroffizieren und verbotenen Fronttruppen den Schlaue vorbereitet. Er ist mißlungen. Der A- und S-Rat war rechtzeitig von den gegenrevolutionären Bestrebungen unterrichtet worden und hatte entsprechende Vorkehrungen getroffen. Die Sicherheitskommission auf der Straße waren verstärkt worden, vor der Kommandantur hatte man in weitem Umkreise Maschinen, welche aufgestellt, die Ausgangsstraßen waren abgesperrt. Gleichzeitig war über Czuchan und Umgegend das Eisenrecht verhängt worden; angesehene Bürger sollen als Geisler erhalten worden sein.

Derob ist es gegen Mittag zu Verhandlungen zwischen beiden Parteien gekommen war, veranstalteten die Gegenrevolutionäre in der Nachmittagsstunden einen Demonstrationsszug mit Schwarz-weiß-roten Fahnen und patriotischer Musik. Der Zug wurde von den dem Arbeiter- und Soldatenrat ergebene Truppen abgegrenzt. Die Demonstranten befehlten darauf die Grimmerhorn-Rakete hinter dort die Schwarz-weiß-rote Fahne, ebenso setzten sie sich in der Miantion-Rakete und dem Gott Thomion fest. Gleich darauf zog ein riesiger Demonstrationsszug mit roten Fahnen durch die Stadt.

In den Abendstunden ist es dem A- und S-Rat gelungen, die von den gegenrevolutionären Elementen besetzten militärischen Gebäude zu nehmen und die Truppen zu entwaffnen. Durch die Beschlagnahme der gegenrevolutionären Munitionskammern wurde die Bewegung endgültig unterdrückt. Das Standrecht ist daher wieder aufgehoben worden.

Der kriegerische Aoste.

Der Volksbeauftragte Roske äußerte sich, wie die „Deutsche Tageszeitung“ mitteilt, gegenüber einer Abordnung des Bromberger deutschen Volksrats ausdrücklich: Die Ostmarkendeutschen sollten die Bühne zeigen und im Vordringen mit den militärischen Stellen den Schicksal erleiden.

Danach scheint Roske, nach einem kurzen Ausfluge auf das Gebiet revolutionärer Aendertarten zu der ihm eher zuzugewandten Praxis der Kriegszeit zurückgekehrt zu sein, in der er an der Front im besetzten Gebiet und im Hinterlande in bezug auf kriegswillige Neuerungen stärker von einem Alldeutschen zu unterscheiden war.

Die Lebensmittelversorgung Europas.

Die Organisation der Hilfeleistung.

Paris, 2. Januar. (Neutermeldung.) Die amerikanische Kommission für die Friedensverhandlungen gab heute folgende Erklärung ab:

Bei der Ankunft des Präsidenten Wilson wurden ihm die Ergebnisse der Untersuchungen, die von den Beamten der Regierungen der Vereinigten Staaten und der Alliierten über die Ernährungslage der neutralen und der feindlichen Länder in Europa angestellt worden waren, vorgelegt. Seit seiner Ankunft ist der Präsident über die zwischen den Regierungen abgehaltenen Konferenzen, die sich mit der Methode der Hilfsorganisationen für diese Bevölkerung befaßte, unterrichtet worden. Die Alliierten und die Vereinigten Staaten können darin überein, daß Hilfe geleistet werden muß und daß die Durchführung einer Hilfe von diesem Charakter und auf breiter Grundlage eine Einheitlichkeit in der Leitung ähnlich derjenigen, wie sie von dem französischen und britischen Oberkommando bei den Operationen der Alliierten zu Lande und zu Wasser erfolgreich angebahnt wurde, notwendig macht.

Die alliierten Regierungen haben dem Präsidenten Wilson mitgeteilt, daß sie den Wunsch haben, die Regierung der Vereinigten Staaten möchte bei der Organisation und Durchführung des Hilfswerkes die Leitung übernehmen. Entsprechend diesem Abkommen zwischen den Vereinigten Staaten und den Alliierten wird nunmehr ein Rat, in dem jede Regierung zwei Vertreter ernannt, gebildet, um die Unterbringung von Nahrungsmitteln, Geld und Schiffen zu sichern und in Uebereinstimmung zu bringen.

Präsident Wilson hat Herbert Hoover und Norman Davis zu Vertretern Amerikas in diesem Rat ernannt. Hoover wird das Amt des Generaldirektors innehaben. Die französische Regierung ernannte den Handelsminister Clementel und den Lebensmittelminister Villagrain zu ihren Vertretern. Die Namen der britischen und italienischen Vertreter sind noch nicht bekanntgegeben.

Präsident Wilson ersuchte Hoover, die erste Sitzung sofort einzuberufen, wenn alle Vertreter ernannt sind.

Der Bericht Hoovers.

Der Vorsitzende der amerikanischen Lebensmittelkommission Hoover sagt in einem Bericht über die Ernährungslage Europas: Wir haben über die Lage in Deutschland Untersuchungen angestellt, sind aber bisher noch nicht soweit, um irgendwelche endgültigen Beschlüsse zu fassen. Die Bevölkerung Deutschlands hat sicher genug Vorräte, um noch eine Zeitlang auszuhalten. Von der Versorgung mit Fett abgesehen, das ohne Zweifel sehr knapp ist, wodurch die Entstehung von Krankheiten und vieler sozialer Ungleichheiten gefördert wird.

Die Festlegung der Bedingungen über Maßnahmen, die notwendig sind, um den befreiten Gebieten zu helfen, muß indessen unsere erste Sorge sein. Sie umfaßt insgesamt Länder mit etwa 125 Millionen Menschen. Durch die Besetzung des Feindes und die Verwüstungen ist die Produktion dieser Länder sehr gesunken, und die Lebensmittelvorräte, die sie von der letzten Ernte übrigbehalten haben, werden bald erschöpft sein. Damit in der Lebensmittellieferung während der Zeit der Unterdrückung und der Schaffung der Organisation keine Verzögerung entsteht, haben wir durch gemeinsames Zusammenwirken des Kriegsrates und der Lebensmittelverwaltung bis heute etwa 150 000 Tonnen Nahrungsmittel nach verschiedenen europäischen Häfen geschickt. Daneben geben wir bisher monatlich 150 000 Tonnen nach Belgien und Nordfrankreich. Inzwischen senden wir gemeinsam mit unseren Alliierten in die verschiedenen Länder Kommissionen, die die Transportfrage untersuchen und danach trachten sollen, die Finanzfrage zu regeln.

Das Transportproblem bietet außerordentliche Schwierigkeiten infolge der schlechten Zustände der Eisenbahnen und des rollenden Materials in den ganzen in Frage kommenden Gebieten. Daher entstanden nach der Lösung der Lebensmittel neue Schwierigkeiten. In Belgien und Nordfrankreich mühten wir für die Verteilung eines Dienst mit Lastautomobilen einzurichten und werden wahrscheinlich auch in den anderen Ländern dieses Verfahren einschlagen müssen.

Außerordentlich schwierig ist ferner die Finanzfrage. Die

Ernährung Europas

während der nächsten sechs Monate bildet ein großes ökonomisches Problem. Sie ist auch von allergrößter politischer Bedeutung, wenn wir Anarchie verhindern wollen. Wenn wir den Wunsch hegen, daß die Welt zu irgendeiner Form ordnungsmäßiger Regierung zurückkehrt, und wenn wir die Errichtung von Regierungen, mit denen wir Frieden schließen können, sichern wollen, müssen wir auf irgend eine Weise für Nahrungsmittellieferung sorgen.

Das finanzielle Problem zerfällt in drei Kategorien: 1. In Deutschland und einige Alliierte und Neutrale können wir die benötigten Nahrungsmittel in der Form eines richtigen Handelsgeschäftes gegen angemessene Vergütung in annehmbaren Beträgen verkaufen; 2. sind es die besetzten Gebiete und einige Alliierte, denen Amerika nach den gegenwärtigen geschlossenen Bestimmungen zinslose Anleihen geben kann; 3. die Völker, die die Unterstützung Amerikas in erheblichem Maße benötigen, denen diese Unterstützung aber aus den gegenwärtig verfügbaren Fonds nicht gewährt werden kann.

Es erscheint den Alliierten und der amerikanischen Regierung nur gerecht, daß, da ein großer Teil der Schwierigkeiten der be-

freiten Länder durch die rücksichtslosen Handlungen der deutschen Armeen verursacht ist, die Deutschen verantwortlich werden soll, die Schiffe für den Nahrungsmitteltransport nach diesen Gebieten zu stellen. Es wird zweifellos eine Vorbedingung für die Gewährung von Lebensmittellieferungen nach Deutschland sein, daß deutsche Schiffe für die Versorgung aller befreiten Länder benützt werden.

England und die hintertriebene Demobilisierung.

Die bürgerliche Presse hat soviel zu tun, Nachrichten zu erfinden, die niemals in Ententezeitungen standen, daß sie keinen Raum hatte, die folgenden bemerkenswerten Sätze des Generals Maurice in den „Daily News“ zu veröffentlichen:

„Das deutsche Volk als Ganzes ist unglaublich unwissend, sowohl in Bezug auf die Kriegsführung seiner Herrscher, als auch über den wirklichen Verlauf der Ereignisse. Es ist sprichwörtlich, daß der allgemeine Glaube in Deutschland besteht, daß seine Armeen im Felde nicht geschlagen seien. Die Triumphböden und Fahnen, die die zurückkehrenden Truppen begrüßten, waren durchaus nicht alle auf Täuschung berechnet. Es steht unabweislich fest, daß Deutschland vollkommen kriegsmüde ist. Der deutsche Geisteszustand ist, soweit ich in Erfahrung bringen konnte, eher der einer mürrischen Unterwerfung als einer Neuz. Wir werden viel mehr über den Geisteszustand des deutschen Volkes durch die Eröffnung der Nationalversammlung erfahren. Die ersten Angelegenheiten des Anstandes sollten sich darin zeigen, daß die Versammlung eine Erklärung gegen das Betrüben und gegen die allgemeine Dienstpflicht abgibt. Was heute bei sich noch kein Anzeichen bemerkbar gemacht, daß Deutschland auch nur in einem dieser beiden Punkte Vernunft annehmen wird. Der deutsche Generalkommando beschließt sich augenblicklich in Kassel damit, die Armee auf den Stand vom Juli 1914 zu reorganisieren, als sie ein kampfbarer Maß in Europa war.“

Die Unabhängigen haben mit allen Mitteln im Kabinett dagegen gekämpft, daß dieser „furchtbare Völk“ in unterer Mitte erhalten bleibt. Die Ebert-Scheidemann sind die Raketen Hindenburgs geblieben und fürchten sich noch wie vor, daß zu tun, was das führende liberale englische Blatt mit Recht die ersten Anzeichen des Anstandes nennt.

Wer lügt?

Aus London berichtet Reuter: Das englische Auswärtige Amt habe bis heute Abend noch keine Nachricht über eine Zahlung größerer britischer Streitkräfte in den baltischen Staaten. Ebenso ist nichts wahres an der Berliner Nachricht, daß die Engländer dem Befehlshaber der deutschen Truppen in den baltischen Staaten ein Ultimatum gestellt und verlangt hätten, daß deutsche Truppen das Vorrücken der Volkswirten aufhalten sollten.

Nach einem solchen einmütigen Telegramm verwenden die Volkswirten in Ostland 7000 Chinesen und rauben, brennen und morden nach allen Richtungen.

Das Wesentlichste in dieser Meldung ist die Behauptung, daß die Engländer dem deutschen Befehlshaber in den baltischen Staaten kein Ultimatum gestellt und nicht verlanzt haben, daß deutsche Truppen das Vorrücken der Volkswirten aufhalten sollten. Bekanntlich ist von deutscher Seite das Gegenteil behauptet worden.

Wenn dieses Dementi wahr ist — und es liegt kein Grund vor, daran zu zweifeln — dann hätten die deutschen amtlichen Stellen eine ungeheure Blamage erlitten. Denn dann wäre der Beweis erbracht, daß die Deutsche Vorkommnissekommission und der Bevollmächtigte Winnig durch ihre Vorstellungen die Dessenik-Kleit bezeugt irreführt haben.

Eine Erklärung Haenischs.

Minister Konrad Haenisch sendet uns eine längere Erwiderung auf die Ausführungen Adolf Hoffmanns. Wir geben daraus folgendes wieder:

„Das „Beweismaterial“, das zweifellos in die Breite, dafür um so weniger in die Tiefe geht, bedarf zum mindesten einiger Stichproben zur Kontrolle. Im gleich mit dem sog. Geschichtserlaß zu beginnen, so ist es bare Erfindung, daß die Herren Dr. Plankenburg, Dr. Wynecen und Haenisch ihn für dringend notwendig gehalten hätten. Herr Wynecen konnte es schon deshalb nicht, weil er in dem historischen Augenblick, da ihn Herr Hoffmann als erstes Produkt seiner ministeriellen Tätigkeit sig und fertig aus der Tasche zog, noch nicht in Berlin eingetroffen war. Und die anderen Herren hatten gerade genug mit allseitigem Zurechtfinden zu tun, um über die Tragweite dieser ersten „Verlautbarung“ sich klarsinnigen Gedanken hingeben zu können. Auf sachliche Änderungen, die von Herrn Dr. Plankenburg und mir angestrebt wurden, ließ sich Herr Hoffmann, der es schon in diesem ersten Falle sehr eilig hatte, überhaupt nicht ein.“

Weiter: Nicht einmal, wie er behauptet, sondern mindestens ein halbes Duzend mal hat mir Herr Hoffmann unterbrämt oder verflüchert mit dem Appell an den Arbeiter- und Soldatenrat gedroht. Dafür sind mehrere Zeugen vorhanden.

Drittens: Es ist un wahr, daß ich in teuflischer Bosheit Herrn Hoffmanns Krankheit benutzt habe, um ein „Reffelreiben“ gegen ihn zu beginnen. Vielmehr habe gerade ich es mehrfach entschieden abgelehnt, während der Zeit seiner Krankheit einen Konflikt zum Austrag zu bringen, der aus Gründen der großen Politik (Abwägungen in Rheinland, Westfalen und in Oberschlesien, Veranlassung der Wahlen) schon längst hätte zum Austrag gebracht werden müssen. Auch hier stehen Zeugen aller Parteien, auch aus Adolf Hoffmanns engster politischer Freundschaft, zur Verfügung.“

Zum Schluß sagt Haenisch, er hätte bisher den größten Teil seiner Arbeit darin erschöpfen müssen, die Fehler seines Kollegen gutzumachen. Jetzt dürste es ihn nach ernster Arbeit.

Braunfeld weigert gegen die freiwilligen Korps.

Die Bildung von freiwilligen Korps wird von der Arbeiterkass mit scharfem Mißtrauen aufgenommen. Schon auf dem Vorkongress hatte der damalige Volksbeauftragte Paris ausgeführt, daß die freiwilligen Korps gegenrevolutionären Zwecken dienen sollten. Die Frage des Ob- und Rücktritts trat gegenüber dieser Haupttendenz vollkommen in den Hintergrund. Inzwischen ist noch bekannt geworden, daß die Werber für die freiwilligen Korps gar kein Hehl daraus machen, mit diesen Korps gegebenenfalls auch gegen die revolutionäre Arbeiterkass mit der Waffe einzuschreiten.

Der A- und S-Rat der Republik Braunfeld weigert hat in Anbetracht dieser Besatz in seiner Sitzung vom 3. Januar beschlossen, im ganzen Land auslässend zu wirken und vor dem Eintritt in die Korps zu warnen. Zugleich hat er eine Verfügung erlassen, nach der jeder, der durch Versammlungen, Be-

Bekanntmachung

Betreffend Einreichung von Wahlvorläufen für die Wahlen zur verfassunggebenden preussischen Landesversammlung in Berlin.

Nachdem der Termin für die Wahlen zur verfassunggebenden preussischen Landesversammlung auf Sonntag den 26. Januar 1919 festgesetzt worden ist, fordere ich die Wahlberechtigten der Stadt Berlin hierdurch auf, Wahlvorläufe an mich (Wahlbureau des Magistrats, Stralauer Straße 44/45 I, Berlin S. 2) bis spätestens 11. Januar 1919 zur Stellung durch den Wahlschein und zur öffentlichen Bekanntgabe der angelegenen Wahlvorläufe einzulegen. Verspätet eingereichte Wahlvorläufe finden keine Berücksichtigung. Die Wahlvorläufe müssen von mindestens 100 im Wahlkreis zur Ausübung der Wahl berechtigten Personen unterzeichnet sein. Die Unterzeichner sollen ihren Unterschriften die Angabe ihres Berufs oder Standes und ihrer Wohnung beifügen. Gleichzeitig mit den Wahlvorläufen sind Bescheinigungen der Gemeindebehörden (Wahlbureau des Magistrats) vorzulegen, daß die Unterzeichner in die Wählerliste aufgenommen worden sind.

Auf Grund der Verordnung über die Wahlen zur verfassunggebenden preussischen Landesversammlung vom 21. Dezember 1918 bildet die Stadt Berlin einen Wahlkreis und hat 21 Abgeordnete in alphabetischer, unmittelbarer und geheimer Wahl nach den Grundjahren der Verhältnisse zu wählen.

Die Wahlvorläufe dürfen nicht mehr als 21 Namen enthalten. In den Wahlvorläufen sollen die Bewerber mit Ruf- und Familiennamen aufgeführt und ihr Stand oder ihr Beruf sowie ihre Wohnort so deutlich angegeben werden, daß über ihre Persönlichkeit kein Zweifel besteht. Sie sind in erkennbarer Reihenfolge anzuführen.

Von jedem vorgeschlagenen Bewerber ist eine Erklärung über seine Zustimmung zur Aufnahme in den Wahlvorläuf anzuschließen. In der Stadt Berlin darf der Bewerber nur einmal vorgeschlagen werden.

Wahlvorläufe können mittelwärtig verbunden werden. Die Verbindung muß von den Unterzeichnern der betreffenden Wahlvorläufe oder ihren Bevollmächtigten übereinstimmend spätestens am 19. Januar 1919 bei mir schriftlich erklärt werden.

Verbundene Wahlvorläufe können nur gemeinschaftlich zurückgenommen werden. Die verbundenen Wahlvorläufe gelten bei anderen Wahlvorläufen gegenüber als ein Wahlvorlauf.

Jeder Wahlvorlauf darf nur einer Gruppe von verbundenen Wahlvorläufen angehöre.

In jedem Wahlvorlauf soll ein Vertrauensmann beigesetzt werden, der für die Verhandlungen mit dem Wahlkommissar und dem Wahlscheine zur Rücknahme des Wahlvorlaufes sowie zur Abgabe und Rücknahme von Verbindungserklärungen bevollmächtigt ist. In derselben Weise kann ein Stellvertreter des Vertrauensmanns beigesetzt werden.

Fehlt die Bezeichnung des Vertrauensmanns, so gilt der erste Unterzeichner als solcher.

Gleichzeitig bringe ich zur öffentlichen Kenntnis, daß ich zu Beisetzern des Wahlscheines:

1. den Stadtverordneten Herrn Doerfer, Alte Jakobstraße 120 b.
2. den Stadtverordneten Herrn Bruns, Gorkyer Straße 75.
3. den Stadtverordneten Herrn Willein, Bülow-Platz 14.
4. den Stadtverordneten Herrn Finke, Panstraße 57, und zu deren Stellvertretern:
1. den Stadtverordneten Herrn Rosenthal, Stralauer Straße 44/45.
2. den Stadtverordneten Herrn Manasse, Friedenstraße 6.

Berlin, den 8. Januar 1919.
Der Wahlkommissar für den Wahlkreis Berlin für die Wahlen zur verfassunggebenden preussischen Landesversammlung
Loehning, Stadtrat.
(3.-Nr. 9. Wahl. 19.)

Bekanntmachung

Betreffend die Wahlen zur verfassunggebenden preussischen Landesversammlung.

Nach dem Erlaß des Herrn Oberpräsidenten von Berlin vom 2. Januar 1919 ist für die Wahlen zur verfassunggebenden preussischen Landesversammlung für den Stadtbezirk Berlin der Stadtrat Loehning zum Wahlkommissar und der Stadtrat Wieland zu seinem Stellvertreter ernannt.

Dies bringen wir hierdurch zur öffentlichen Kenntnis. Gleichzeitig machen wir darauf aufmerksam, daß für die Wahlen zur verfassunggebenden preussischen Landesversammlung am 26. Januar 1919 die Wählerlisten für die deutsche Nationalversammlung maßgebend sind. In diese Listen sind aber nur männliche und weibliche Personen aufgenommen, die am 19. Januar 1919 das 20. Lebensjahr vollendet haben. Da auch für die Wahlen zur preussischen Landesversammlung die Wähler am Wahltag — also am 26. Januar 1919 — das 20. Lebensjahr vollendet haben müssen, so wird es den Wahlberechtigten im 20. Lebensjahre, die in der Zeit vom 19.—20. Januar 1900 geboren sind, anheimgestellt, für ihre nachträgliche Eintragung in die Wählerliste für die preussische Landesversammlung bei unserem Wahlbureau, Stralauer Straße 44/45 I, und zwar bis spätestens 19. Januar 1919, Sorge zu tragen. Die Angehörigen des Heeres und der Marine, die vom 7. Januar 1919 ab aus dem Felde heimkehren, sind ohne Eintragung in die Wählerliste auf Grund einer Bescheinigung über ihre Heimkehr dort zur Wahl zugelassen, wo sie sich am Wahltag — 26. Januar 1919 — aufhalten.

Berlin, den 4. Januar 1919.
Magistrat.
(3.-Nr. 16. Wahl. 19.)

Bekanntmachung

Auf Grund der unter dem 21. 12. 1918 ergangenen Verordnung des Reichsamtes für die wirtschaftliche Demobilisierung betr. Änderung der Verordnung über Erwerbslosenfürsorge vom 15. 11. 1918 sind die §§ 7 und 8 des Statuts betr. die Erwerbslosenfürsorge Groß-Berlin für das Gebiet der Volkshilfsgemeinschaft mit Wirkung vom 6. Januar 1919 ab wie folgt geändert worden:

- § 7.
Die Höhe der Unterstützung bei gänglicher Erwerbslosigkeit beträgt für jeden arbeitslosen Wochentag:
- a) für männliche Personen über 17 Jahre . . . 4.— M.
 - b) für männliche Personen zwischen 14 und 17 Jahren . . . 3.—
 - c) für weibliche Personen über 17 Jahre . . . 3.—
 - d) für weibliche Personen zwischen 14 und 17 Jahren . . . 2,50
- Für die Ehefrau, für jedes Kind unter 14 Jahren und für die Mutter im Haushalt lebende erwerbsunfähige Personen, zu deren Unterhalt der Unterstützte gesetzlich verpflichtet ist, wird ein Zuschlag von 1 M. für den Arbeitstag gewährt, welcher nur bei Unterhaltung des Haushaltungsvorstandes und in der Regel an diesen zu zahlen ist.

Erreichen in einer Kalenderwoche Arbeitnehmer infolge vorübergehender Einstellung oder Beschäftigung der Arbeit die in ihrer Arbeitsstätte ohne Unterbrechung übliche Maß von Arbeitsstunden nicht und treten deswegen Lohnfälligkeiten ein, so erhalten die Arbeitnehmer, sofern 70 vom Hundert des verbleibenden Wochenarbeitsverdienstes den Unterstützungsbetrag der Woche bei gänglicher Erwerbslosigkeit nicht erreichen, Erwerbslosenunterstützung in Höhe des verbleibenden Betrages, jedoch an Arbeitsverdienst und Erwerbslosenunterstützung zusammen nicht mehr als den Betrag des bisherigen Arbeitsverdienstes bei voller Arbeitszeit. Die Arbeitgeber sind verpflichtet, über den Arbeitsverdienst Auskunft zu geben.

§ 8.
Ist ein Erwerbloser auf Grund der Hochversicherung zur Fortsetzung oder Aufrechterhaltung einer Versicherung gegen Krankheit bei einer Krankenkasse, knappschaftlichen Krankenkasse oder Ersatzkasse berechtigt, so wird eine weitere Versicherung in der bisherigen Mitgliederkasse oder Lohnkasse durch die Gemeinde herbeigeführt. Sie hat zu diesem Zwecke die erforderlichen Nachweise zu bewirken und die vollen Beiträge für den Erwerblosten zu zahlen. Besteht der Erwerbloste durch Verschulden der Gemeinde den Anspruch auf Krankentilgung, so hat die Gemeinde ihrerseits dem Erwerblosten die gleiche oder gleichwertige Krankentilgung zu gewähren. Kann die Gemeinde die ärztliche Behandlung selbst nicht beschaffen, so hat sie dem Erwerblosten dafür sechs Wochen des gesetzlichen Krankengeldes zu gewähren. Von diesen Leistungen können nur die Beiträge als Kosten der Erwerbslosenfürsorge gegenüber Reich und Staat angerechnet werden.

Neben Krankengeld oder Krankenhauspfege, die dem erkrankten Erwerblosten gewährt wird, erhält er nur die Zuschläge für Familienmitglieder nach § 7 Abs. 1. Erwerbslosene, die Erwerbslosenunterstützung beziehen und nicht unter vorstehende Bestimmungen fallen, wird im Falle der Erkrankung die volle Unterstützung weiter gewährt.

Die den Arbeitgebern auferlegte Verpflichtung zur Berechnung und Auszahlung der teilweise Erwerbslosenunterstützung infolge Verletzung der Arbeitszeit bleibt bestehen. Neue Listen und Formulare hierzu können demnach in dem Bureau der Erwerbslosenfürsorge, Berlin C., Kaiser-Wilhelm-Straße 45, in Empfang genommen werden.

Berlin, den 2. Januar 1919.
Der Magistratskommissar für die Erwerbslosenfürsorge.
Sassenbach.

Tab. Nr. 1 Erwerbl.-H. 1/19.

Gehpelz mit gutem Tuchbezug und gutem Pelzfutter sehr preiswert zu verkaufen.

Gelegenheit!
Blauer Bazar
Kaiser-Wilhelm-Straße 14
beim Alexanderplatz.

20 Botenfrauen für Lichtenberg sucht Engel, Lichtenberg, direkt am Bahnhof Stralauer-Rummelsburg.

Neue Bahnstraße 36
Buchhandlung und Parteilieferanten

Mehrere Botenfrauen für Moabit sucht Expedition Lübecker Str. 43.

Botenfrauen für Preußen verlangt Gnddarrh, Wilhelmstraße 2.

Frauen zum Austragen d. Freiheit werden gesucht.
Arzt, Simonstr. 2.

Ein- und Zweispänner-Gespans, Plattenwagen, Frank's empfiehlt den geehrten Genossen Karl Bakszat, Fahrgeschäft, Alt Moabit 60.

Nach!!!
der Investor verkauft zu billigen Preisen
schweres Speisezimmer
schweres Herrenzimmer
schweres Schlafzimmer
— Baschtlung lohnt! —

30 Möbelhaus Osten 30 nur Andreasstraße
Kriegsbekleidungs- und Wäsche-Handlung mit Wäsche-Office
R. K. 46 Expedition Simeonstr.

Widowet, ehe, wie sie leben besser Arbeiter für ihre Lebensversicherung gebraucht, als Nationalarbeit in unserer Mobilmacherei ist höherer Ansehens, gibt es
Ritzler & Co., Wallmerstr. 42.

Zeitungsfrau für abends, Gehalt 2 M. — 3 M. hoch, sucht Neumann, Gorkyer Str. 71.

Achtung! Parteigenossen Möbel, ganze Wohnungs-Einrichtung, auch einzelne Stücke, gibt billigst ab
Tischlermeister Brodow, Zehdenicker Str. 24.

Prachtgrammophone!!! trieblos, verkauft preiswert
Drews, Schillingstr.

Botenfrauen sucht Lehmann, Lichtstr. 18.

Weissensee Die Expedition der „Freiheit“

für Weissensee befindet sich vom 1. Januar 1919 ab
Sedanstr. 19' h. R. Warner

Inventur-Ausverkauf
nur in der Pelzabteilung!!

Langs und halblange Pelzmäntel, Inventarpreis 1150 1300 1500 1700 usw.
Seal Electric, Manufaktur, Route Fellet, Gadingstraße Kirschbäumchen!

Sehr vorteilhafte Angebote!

Entwickelnde Filz- und Astrachanmäntel . . . 170, 200, 250, 300 usw.
Reizende Kostüme . . . 120, 150, 210, 300
Seiten- oder für Tanz und Gesellschaften . . . 100, 150, 200, 275
Plüsch aus weichen Plüschstoffen . . . 70, 80, 110, 200
Zugeführte Mäntel . . . 100, 150, 200, 250
Reizt Seidenmäntel, blau, grün, weinrot, mode . . . 120, 150, 200
Wäntel 60, 85
Sperrjacketts 80, 41.

Röcke aus der Reichsbekleidungsstelle gegen Berliner Magistratschein
Serie III 28, 60, Serie IV 35, 40, Serie V 43, 20, Serie VII Tuchröcke 62, 85

Westmann
1. Geschäft Berlin W., Mohronstraße 37a.
2. Geschäft Berlin NO., Gr. Frankfurter Straße 113.
Sonntag geschlossen.
Kriegsanleihen werden in Zahlung genommen.

Bei Einkäufen
berufe man sich stets auf den Inzeratenteil der „Freiheit“. Jeder Geschäftsmann wird für diesen Hinweis dankbar sein.

Spediteure!
Ueberr. Exemplare der Nr. 44 der „Freiheit“ bitten wir umgehend in der Hauptexpedition Schiffbauerdamm 19 abzuliefern.

Zähne 2 Mark!
mit echtem
Friedens-Kautschuk
schöne, natürliche Farbe bei 5jähriger schriftlicher Garantie.
Zahnziehen mit frischer Betäubung nach bewährter Methode bei Bestellung von Gebissen gratis!
Spezialität: Zähne ohne Gaumen!
Echte Goldkronen von 20 Mark an.
Keine Luxuspreise.
Persönliche fachmännische Munduntersuchung und Rat kostenlos.

Zahnpraxis Hatvani
Danziger Straße 1
Echte Schloßhauser Allee, Eingang Danziger Straße.
Sprechstunden von 9—12, 2—7, Sonntags und Feiertags 9—12.
In den letzten 2 Jahren über 2500 Gebisse zur vollsten Zufriedenheit geliefert. !!

In der Großstadt herrscht
Arbeitslosigkeit und Hunger

Darum: Heimkehrende Krieger zieht Aufs Land!

Auf dem Lande findet ihr Arbeit und Brot

Die Arbeitsstellen vermitteln euch die Arbeitsnachweise.

JOE LOE

Wähler und Wählerinnen!

Am 19. werdet Ihr die verfassunggebende Versammlung wählen. Das deutsche Volk ist endlich frei. Kein Kaiser, kein Bundesrat kann mehr das Selbstbestimmungsrecht des souveränen Volkes verkümmern. Die Nationalversammlung, die Ihr alle, Männer und Frauen, in voller Freiheit wählen werdet, wird unsere Verfassung festsetzen, über die künftige Gesellschaftsordnung die Entscheidung treffen. Ihre Zusammensetzung ist von größter Bedeutung für die Zukunft des deutschen Volkes.

Die ersten Wahlen müssen zunächst

Wahlen der Abrechnung

sein. Ihr müßt Gericht halten mit allen, die den Krieg verschuldet haben. Ihr müßt Rechenschaft fordern von denen, die das ungeheuerlichste aller Verbrechen verübt haben. Hunderttausende Tote bedeckt die Erde, hunderttausende Witwen und Waisen beweinen ihre Ernährer, hunderttausende Krüppel wandeln als Zeugen des Verbrechens unter uns. Wir alle leiden unter den Folgen des entsetzlichen Krieges.

Darum, fort mit jenen, die diesen Krieg verschuldet haben! Fort mit den Alldeutschen, die ihn herbeigesehnt haben, um ihre Raubgier zu befriedigen zu können. Fort mit den Konservativen und Nationalliberalen, die durch das Weiterstreifen zu Wasser und zu Lande Deutschland allen Völkern als Gefahr erscheinen ließen. Fort mit den Fortschrittler, die längst ohne eigene Politik im Gefolge der anderen einhertröteten. Fort mit ihnen allen, unter welchen Firmennamen sie sich zu verstecken suchen, ob sie sich Volkspartei oder bürgerliche Demokratie nennen.

Sie alle tragen Schuld am Kriege, sie alle haben während des Krieges die verbrecherische Politik des großenwahn sinnigen Ludendorff, des erbärmlichen Kaisers und seiner Kanzler bedenken- und gewissenlos gebilligt. Sie alle haben im Siegesrausch sich nach Eroberungen besser geschrien, waren bereit, das Recht der Völker unter den preussischen Kommissarien treten zu lassen. Das deutsche Volk braucht den Frieden, aber die bürgerlichen Parteien, die den Frieden der Vergewaltigung gewollt und gewünscht haben, sind nicht die richtigen Unterhändler, um das deutsche Volk nach der Niederlage seiner Generale und seiner Regierung vor einem Vergewaltigungsfrieden zu schützen.

Nur wir unabhängigen Sozialdemokraten haben das Selbstbestimmungsrecht unseres Volkes anerkannt, ebenso wie das aller anderen Völker. Nur wir haben von allem Anfang an die

Beendigung des scheußlichen Mordens

verlangt und jede Annexion als schandwürdiges Verbrechen gebrandmarkt. Nur uns bringen die demokratischen und Arbeiterparteien des Auslandes das Vertrauen entgegen, das die Grundlage des künftigen Völkerbundes und der allgemeinen Abrüstung sein muß.

Dieses Vertrauen wird auch den Rechtssozialisten versagt, denn auch sie sind mitschuldig an der Verlängerung des Krieges. Sie haben immer wieder die Kriegskredite bewilligt, auch, als es schon längst klar geworden war, daß die Regierenden keinen Verteidigungskrieg, sondern einen Eroberungskrieg führen wollten. Als wir unabhängigen Sozialdemokraten einen Frieden auf Grund des Selbstbestimmungsrechts, einen Frieden ohne Entschädigung und ohne Annexionen verlangten, haben sie uns verhöhnt und verspottet und die Erhaltung der österreichisch-ungarischen Monarchie und der Türkei proklamiert, die nur durch die Vergewaltigung anderer Nationen ihre Existenz fristen konnten. Für die Franzosen, Polen und Dänen in Deutschland selbst wollten sie vom Selbstbestimmungsrecht nichts wissen. Sie haben nicht nur jede energische Opposition gegen den Krieg abgelehnt, sie haben auch uns die Möglichkeit entschiedenen Auftretens rauben wollen und uns lieber aus der Partei gedrängt, als ihre schmachvolle Kompromisspolitik aufgegeben. Sie haben ebenso wie die bürgerlichen Deutschland vor der Welt moralisch kompromittiert.

Wir Unabhängigen Sozialdemokraten sind von der ersten Stunde des Krieges an unerschütterlich den Prinzipien der Demokratie und der sozialistischen Internationale treu geblieben. Eben deshalb sind wir als Verräter am Deutschtum beschimpft und verfolgt worden. Eben darum sind wir aber auch jetzt die, die von den anderen Völkern gehört werden, wenn wir für uns fordern, was wir allen anderen zugestanden haben: den

Frieden ohne Annexionen und Eroberungen

auf Grund des freien Selbstbestimmungsrechtes für alle Völker.

Dieses freie Selbstbestimmungsrecht muß uns vor allem auch gewährt werden für die Gestaltung unseres Geschicks im Innern. Die Erfüllung unserer sozialistischen Pflicht während des Krieges hat reiche Früchte getragen. Unsere Arbeit gegen den Krieg war Arbeit für die Vorbereitung der Revolution. Was die Soldaten und Matrosen begannen, haben unter Führung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei die Arbeiter vollendet. Die alten Gewalten sind gestürzt, die Junkerbherrschaft ist zerbrochen, der Militarismus liegt am Boden, und nie mehr soll seine Herrschaft wieder über das deutsche Volk errichtet werden.

Internationale Streitigkeiten soll der Völkerbund der befreiten Nationen durch seine internationalen Schiedsgerichte schlichten. Die Gewalt soll

wie im Innern der Staaten, so auch außen nicht mehr entscheiden dürfen. Soweit noch innerhalb der Neuordnung ein Heer nötig ist, soll es ein

freies Volksheer

sein mit ganz kurzer Dienstzeit, ohne Offizierprivilegien, ohne Beschränkung der Bürgerrechte der Soldaten, ohne Kadavergehorsam.

Wir fordern die unverzügliche Beseitigung der Reste der stehenden Armee, die völlige Demobilisierung. Wir verwerfen als undemokratisch und unsozialistisch den Appell an die alten Gewalten, der bereits zu dem schrecklichen Blutbad vom 24. Dezember vor dem Berliner Schloß geführt hat. Erlöst von der Herrschaft der Gewalt, wollen wir uns den Aufgaben der Kultur, der Höherentwicklung der Menschheit widmen.

Die Schule muß befreit werden von jeder kirchlichen Bevormundung. In den Mittelpunkt des Lehrplanes soll der Arbeitsunterricht gerückt werden. Die Bildungsprivilegien müssen fallen und allen Begabten der Aufstieg in die höchsten Bildungsanstalten ermöglicht werden.

Die Glaubens- und Gewissensfreiheit muß jedermann gesichert werden. Dem Gläubigen bleibt es unbenommen, nach den Lehren seiner Religion zu leben. Ebenso aber kann kein Ungläubiger gezwungen werden, seine Kinder in einer fremden Religion zu erziehen oder mit seinen Mitteln zu einer ihm fremden Kirchengemeinschaft beizutragen. Kein staatlicher Zwang soll künftig die Macht der Kirche vermehren. Deswegen verlangen wir die Trennung der Kirche vom Staat und die Trennung der Schule von der Kirche.

Frei sind wir im Innern, frei wollen wir bleiben. Die demokratische Republik, die wir errichtet haben, muß ausgebildet werden zur

sozialistischen Gesellschaft.

Die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen soll aufhören, die Klassen müssen verschwinden, erstehen soll die Gesellschaft der Freien und Gleichen.

Um das arbeitende Volk von der wirtschaftlichen Ausbeutung zu befreien, muß die kapitalistische Produktionsweise beseitigt, die sozialistische Neuorganisation der Gesellschaft aufgebaut werden. Das bedeutet eine Umgestaltung der Eigentumsverhältnisse. Das Eigentum der Bauern und des Handwerkers wollen wir nicht antasten, aber das Eigentum der Kapitalisten an den Produktionsmitteln, die Monopole der Bergherren an den Bodenschätzen, der Kapitalbesitzer der Großbanken, der Grundbesitzer des Adels, der Kirche und der Kapitalisten, das muß dem Volke wiedergegeben werden. Eigentum der Gemeinschaft soll werden, was heute das Eigentum der Kapitalmagnaten und Großgrundbesitzer ist. Eine große Reihe der wichtigsten Industriezweige ist für die Vergesellschaftung reif und kann sofort sozialisiert werden. Die Sozialisierung dieser Zweige gestattet die immer umfassendere Angliederung neuer Produktionsgebiete und die immer stärkere Zurückdrängung des Privatbetriebs. So soll der Aufbau der sozialistischen Gesellschaftsform entstehen.

Allen Betrieben muß die volle Demokratie durchgeführt werden. Es bedarf es der Erhaltung des

Systems der Arbeiterräte,

das gesetzlich festzulegen und auszubauen ist.

Die Bestimmung der Arbeitslöhne, der Arbeitszeit, die Verhütung von Unfällen muß der Mitwirkung der gewählten Vertreter der Arbeiter und Angestellten unterliegen. Sie müssen an der Leitung der Betriebe, an der Verbesserung der technischen Einrichtungen mitwirken können und Einblick in die Geschäftsführung erhalten. Für die Führung der ganzen Wirtschaft muß das Gesamtinteresse der Gesellschaft allein entscheidend sein, nicht mehr die Erzielung des kapitalistischen Profits.

Die sozialistischen Prinzipien müssen in der

neuen Verfassung

verankert werden, die das volle Selbstbestimmungsrecht des ganzen deutschen Volkes zum ungehinderten Ausdruck bringen muß, an dessen Ausübung jeder Staatsbürger, Mann und Frau in gleicher Weise Anteil nimmt.

Deshalb, Wähler und Wählerinnen, stimmt für die Listen der Unabhängigen Sozialdemokratie. Stimmt für die Vertreter der Arbeit! Die bürgerlichen Parteien vertreten, was immer sie sagen, die Interessen des Besitzes! Sie sagen Christentum und meinen den Besitz der Kirche, die Macht des Klerus. Sie nennen sich national, und sie wollen lieber Deutschland zerreißen und zerstückeln, als das Kapitalmonopol gefährdet sehen. Und die Führer der Rechtssozialisten finden nicht die Energie, um den Kampf für die restlose Durchsetzung der Interessen des arbeitenden Volkes bis zum Ende zu führen.

Deshalb rufen wir Euch! Wollt Ihr den Sozialismus, wollt Ihr die Erfüllung der großen Ideale der internationalen Arbeiterbewegung, wollt Ihr, daß alle politische und ökonomische Unterdrückung ein Ende habe für immer, wollt Ihr Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit, wollt Ihr die Verbrüderung der Menschheit, dann sammelt Euch unter dem unbesleckten roten Banner der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands!

Wählet am 19. Januar Unabhängige Sozialdemokraten!

Die Parteileitung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Groß-Berlin.

Vergewissert Euch Eures Wahlrechts!

Die Mangelhaftigkeit der Wählerlisten läßt es als dringend nötig erscheinen, Einsicht in die Wählerliste zu nehmen. Wer nicht in der Liste steht, kann am Tage der Wahl sein Wahlrecht nicht ausüben. Die Listen liegen zur noch heute und morgen aus. Für heute, Sonntag, gibt das „Tageblatt“ bekannt: Sämtliche Auslegerstellen für die Wählerlisten zur Nationalversammlung sind am Sonntag, den 3. Januar, während des ganzen Tages von 9 Uhr morgens bis 7 Uhr abends geöffnet.

Gegen die Hamsterer.

An der Resolution einer Arbeitlosenversammlung wurde gefordert, daß vom Volksgesundheitsrat Groß-Berlin die energikräftigsten Maßnahmen zur Erfassung sämtlicher Hamsterlager und unentgeltliche Zuführung der von den wohlhabenden Kreisen verborgen gehaltenen Lebensmittel und Bekleidungsstücke an die gesamte arbeitslose Bevölkerung, ergriffen werden. Sowie, daß den obdachlosen Arbeitlosen und zurückgekehrten Soldaten ein würdiges Heim und keine Keller oder Dachböden als Wohnung zugewiesen werden.

Die Verwirklichung dieser Forderung steht fest; hierfür ein Beispiel:

Auf Anzeige wurde von Seiten der Heberwachsungskasse des Volksgesundheitsrates in der Wohnung eines höheren Offiziers in der Wilhelmstraße eine Hausdurchsuchung vorgenommen, bei welcher sich ergab, daß eine im Seitenflügel gelegene 3-Zimmer-Wohnung vollständig mit Lebensmitteln, Stoffen usw. angefüllt war, während vorne die eigentliche Privatwohnung lag.

Also ersiens sind große Mengen Lebensmittel der Öffentlichkeit vorenthalten worden, und zweitens eine größere Wohnung. Es sind mehrere ähnliche Fälle bekanntgeworden, und es wird im allgemeinen Interesse geboten, ähnliche Wohnnehmungen an den Volksgesundheitsrat Groß-Berlin, Abteilung: Kommunale Angelegenheiten, Abgeordnetenhause, weiterzugeben, damit vor allen Dingen gehamsterte Lebensmittel durch Volksküchen usw. der ärmeren Bevölkerung zugeführt werden können.

Freiwillige gegen Spartakus.

Wie wir vor einigen Tagen berichtet haben, sollen in der Nähe von Berlin Freiwilligenkorps zusammengestellt werden, um gegebenenfalls gegen die revolutionäre Arbeiterschaft in Tätigkeit zu treten, falls diese sich nicht gewillt zeigt, einen weiteren reaktionären Kurs der Oberregierung mitzumachen. In vielen Kasernen wird scharf geübt, um die Bildung von Freiwilligenkorps zu fördern. Uns ist von durchaus glaubwürdiger Seite mitgeteilt worden, daß z. B. in Döberitz Offiziere freiwillige Truppen angeworben suchen. Heute teilt uns ein junger Soldat folgenden Vorgang mit:

Der Soldat war auf der Durchreise zu seinem zuständigen Truppenteil in Schön-demühl. Da er seit 14 Monaten nicht beurlaubt war, stieg er in Berlin aus, um seine Eltern zu besuchen. Er geht zu den Jahrgängen, die einweilen nicht entlassen werden sollen. Um nun in der Nähe seiner Eltern bleiben zu können, veruchte er bei einem hiesigen Regiment einzutreten. Er wandte sich an die Nachrichtenabteilung des 4. Garberegiments in Moabit. Dort wurde ihm eröffnet, daß er ohne weiteres eintreten könne. Aber er müsse sich durch Unterschrift und Handschlag verpflichten, die revolutionären Elemente, vor allem gegen Spartakisten zu kämpfen, wenn der diesbezügliche Befehl an ihn ergehe. Dieses könne schon am 19. Januar, dem Wahltag zur Nationalversammlung, geschehen.

Der Soldat, der von einem Feldtruppenteil kam, dessen Offiziere in der gemeinsten Weise gegen Viehstecht und die Unabhängige Sozialdemokratie gehetzt hatten, der aber in Berlin ein ganz anderes Bild vorfand, als dasjenige, welches ihm die Offiziere in ihren Reden entworfen hatten, war aufgeschreckt genug, diesem schwächlichen Ansinnen nicht Folge zu leisten. Wie steht es mit diesen Freiwilligenkorps? Heraus mit der Sprache! Die Sache der Revolution verlangt keine Geheimnistuerei, kein untertäniges Arbeiten gegen ihren weiteren Fortgang. Denn wir wollen doch die sozialistische Republik erringen. Und diese ist einweilen noch nicht da.

Einschränkung des Stadt- und Vorortverkehrs.

Der jetzt schon äußerst weitläufige Verkehr auf den Berliner Stadt- und Vorortbahnen soll nun noch mehr eingeschränkt werden. Schon von nächster Woche an sollen weitere Züge ausfallen. Die Eisenbahnverwaltung begründet diese einschneidende Maßnahme mit dem Mangel an Maschinen, hervorgerufen durch die gemäß den Waffentillungsbedingungen abzuliefernden Lokomotiven und einen hohen Prozentfuß (Schadhafter, reparaturbedürftiger) Maschinen.

Das Berliner Verkehrsleben ist jetzt schon derartig traurig, daß dieser Ausfall an Verkehrsmitteln gerade noch gefehlt hat, um die Zustände in Zukunft unerträglich zu machen. Zogentwegen muß geschrien, um den Verkehr nicht noch schlechter, sondern besser werden zu lassen. In erster Linie muß für schnellste Instandsetzung aller rollenden Materials gesorgt werden. Arbeitskräfte sind jetzt genügend vorhanden und schnelle Ersatzteile müssen mit größter Beschleunigung bezugsfertig werden. Dann müssen aber so schnell wie möglich die Verkehrsmittel in Dienst gestellt werden, die während des Krieges ausgeschaltet wurden, die Pferde- und Auto-Kamifusse. Alle anderen Rücksichten haben zu schweigen, wenn es das Interesse der Allgemeinheit verlangt. Wir erwarten von allen zuständigen Körperschaften, daß sie mit Energie sich mit dieser brennenden Frage beschäftigen.

Die Schöneberger Wählerlisten.

Die Stadt Berlin-Schöneberg ist mit Erfolg bemüht, den Wählern die Einsicht in die Listen so sehr als möglich zu erleichtern: Nur an einer Stelle liegen die Listen aus, und die Zeit — 9 bis 4 Uhr — ist so gewählt, daß es vielen Berufstätigen unmöglich ist, selber Einsicht in die Liste zu nehmen. Der Antrag schon zu Beginn ist sehr groß und infolge der mangelhaften Organisation dauert die Einsichtnahme länger, als es bei einigermaßen zweckmäßiger Einrichtung nötig wäre: es ist ungeheuer ebenso schlimm wie das „Unterleben“ unseligen Angehörigen. Die Listen selber sind zudem höchst mangelhaft aufgestellt, zahlreiche Namen fehlen, so daß man auch für den „Inspruch wegen des Fehlens in der Liste „ansehen“ muß. Für die Stadtwahlverwaltung ist es ja natürlich sehr bequem, nur eine Liste anzuweisen, aber

die Bequemlichkeit der Verwaltung sollte doch wohl weniger ausschlaggebend sein als die Bequemlichkeit der Wähler! Gibt es in Schöneberg nicht auch einen Arbeiter- und Soldatenrat? Ja, aber mit dem Oberbürgermeister Dominicus als Vorsitzenden! Und Herr Dominicus wird wohl seine eigenen Taten immer gut finden!

„Nur kein Blut.“

Die erste größere deutsche Proklamationsdichtung im Geiste des radikalen Sozialismus „Nur kein Blut!“ von Arno Nadel wird Freitag, 10. Januar, abends 8 Uhr, im Bühnensaal von der bekannten Vortragskünstlerin Elisabeth Brud gesprochen werden. — Karten für Parteigenossen zum Einheitspreis von 75 Pfennig ab Montag im Verbandsbureau, Schillerstraße 5.

Achtung Radfahrer!

Die bekannten Radfahrer treffen sich um 1 Uhr am Hindenburg-Denkmal.

Alle Erinnerungen aus der Berliner Parteigeschichte freilich unser Genosse Gottfried Schulz auf, den wir gestern im Verein mit Freunden der Unabhängigen sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion zu seinem 25-jährigen Jubiläum als Stadtverordneter beglückwünschten. Das Haus Admiralstraße 40 a, am Kaiserbühl Tor, in dem Genosse Schulz seit Jahrzehnten sein Geschäft und seine Wohnung innehat, steht auf historischem Boden. Früher stand dort die „Alte Linde“, ein altes Berliner Versammlungsort, in dem sich ein Stück Geschichte der Berliner Parteibewegung abspielte. Hier fanden lebhafteste Meinungskämpfe mit anderen Parteien und im eigenen Lager statt. Hier sprach 1888 zum ersten Male öffentlich Genosse Singer und all die andern in der Berliner Bewegung tätigen Genossen. Viele weittragende Beschlüsse wurden hier gefaßt — Unserm Genossen Schulz wurde Namens der Stadtverordnetenversammlung eine Glückwunschadresse überreicht, in der der aufopfernden Tätigkeit unseres Parteifreundes Anerkennung gebührt wird.

Reifezeit für die Wilmersdorfer Bevölkerung. Für dringenden Bedarf erfolgt im Januar der Sonderverkauf von Damen-Regenmänteln und Mänteln, Hülsen und Unterröden, Anoraks und Wädhenschendern, Frühjahrschendern, Windeln und Unterlagen, Wädhenschendern und Wädhenschendern, Herren-Regenmäntel, Hosen und Joppen; mit Ausnahme der Damen-Regenmäntel und Hülsen gegen Bezugsschein und Kupon durch die letzte Steuerquittung in der Stadtbekleidungsstelle.

Die Angehörigen der Kriegsgesellschaften regen sich, heute vormittag um 11 Uhr findet im Lustgarten vor der Freitreppe zum Alten Museum eine Kundgebung statt, die von der Kriegsmetall-K. G. ausgeht, zu der aber auch die Angehörigen aller anderen Kriegsgesellschaften eingeladen sind. Auf der Tagesordnung steht das Thema: „Die bedürftigen Wahlen“.

Arbeiterfußballspiele. Die nächste Sitzung der Fußballspielenden Turn-Sportvereine findet am 6. Januar 7 Uhr abends, in Schulz' Bruchhagen. Am Königshagen 2. statt. Fußballvereine, die am Spielbetrieb obiger Vereine teilnehmen wollen, sind zu dieser Sitzung besonders eingeladen. Die nächste Vertreterversammlung der Fußballspielenden Arbeiterturn- und Sportvereine findet am 6. Januar, abends 7 Uhr, in Schulz' Bruchhagen, Am Königshagen 2. gegenüber Warenhaus Tich (Alexanderplatz), statt. Fußballvereine, die am Spielbetrieb obiger Vereine teilnehmen wollen, sind zu dieser Sitzung besonders eingeladen.

Lebensmittellisten.

Neue Fleischkudendlisten. Der Berliner Magistrat gibt bekannt, daß die bisherigen Fleischkudendlisten mit dem Ablauf des 19. Januar 1919 ihre Gültigkeit verlieren, und daß vom 20. Januar 1919 ab neue Fleischkudendlisten in Geltung treten. Wer daher von diesem Tage ab Fleisch oder Fett von einem Fleischer oder Fleischhändler kaufen will, muß in der Zeit vom 9. bis 15. Januar 1919 seine Eintragung in die bei diesen ausgelegte neue Fleischkudendliste bewirken lassen. Da die jetzigen Eintragungen ungültig werden, müssen diejenigen Personen, welche bei ihrem bisherigen Fleischer weiter kaufen wollen, sich in dieser Zeit auch neu eintragen lassen. Wird die Frist verstrichen, so besteht bis auf weiteres keine Möglichkeit, Fleisch oder Fett von einem Fleischer oder Fleischhändler zu beziehen. — Zu der Auflegung der Fleischkudendlisten ist eine große Anzahl Fleischer neu zugelassen worden. In der Mehrzahl der Fälle handelt es sich hierbei um Verlesene, die aus dem Felde zurückgelassen sind und die sich jetzt wieder in die Fleischkudendlisten eintragen wollen.

Kassamittel. Die Vertragung in die Kundendliste für Öhringe werden von den Kassamitteln nach wie vor fortlaufend angenommen. Die Kassamittel sind der Kassamittel Nr. 4 der Berliner Bezugskarte. Die Abgabe von Öhringen erfolgt dagegen von jetzt ab nur auf den zurzeit bekanntgegebenen Abschnitt dieser Karte „S“.

Marmelade. Nach einer Bekanntmachung des Magistrats gelangen in Berlin auf Schnitt 80 der Lebensmittelkarte der Stadt Berlin 200 Gramm und auf Schnitt 90 600 Gramm, also zusammen 800 Gramm Marmelade zur Ausgabe. Die Anmeldung findet in den durch ein Ausschreibungsgezeichneten Geschäften am 8. 7. und 8. Januar statt.

Reiseversicherung. Bis Mittwoch, den 8. Januar wird an diejenigen Kunden, die in den Speisekartenlisten der in dem Bezirke der 202. Brotkommission gelegenen Geschäfte (Fischbänke, Verkaufsstellen) eingetragen sind, pro Kopf 125 Gramm Käse verteilt.

Neue Kleinhandelsbuchpreise für Kandiszucker. Der Kleinhandelsbuchpreis für alle Sorten weißen und farbigen Kandiszucker beträgt jetzt 0,64 Mk. für 1 Pfund. Zuschlag für Verpackung darf nicht berechnet werden.

Wilmersdorf. Vom 6. bis 12. Januar 500 Gramm Marmelade, 100 Gramm Trauben. — Voranmeldungen für Kinder auf Kindergerstentrost, Hefersüßen, Nudelsüßspeisen, Malzgetränk. Der Verkauf von Fischwaren wird fortgesetzt. 5 Pfd. Kartoffeln werden verkauft, 2 Pfd. sind aus der Vorkassamenge zu entnehmen. Allgemeine Ausgabe neuer Lebensmittelkarten findet vom 11. bis 15. Januar statt.

Santow. Am Montag, den 8. Januar, gelangt von vormittag 8 Uhr ab ein kleiner Posten Wild in den nachgezeichneten Geschäften zum Verkauf, und zwar bei dem Kaufmann Schäfer, Riosstraße 20, 1 Rotwild und 17 Hasen, bei dem Kaufmann Heiß, Riosstraße 60, 1 Damwild, 1 Reh, 25 Hasen und 8 Fasanen, bei der Wildhändlerin Brunow, Schulstraße 2, 1 Rotwild, 18 Hasen und 7 Fasanen. Der Abgabepreis an die Verbraucher stellt sich wie folgt: bei Rot-, Dam- und Rehwild für Hasen und Reulen je 1 Pfund 3 Mk., Hase oder Fag je 1 Pfund 2 Mk., Kanone oder Rotfleisch je 1 Pfund 1 Mk., 1 Hase mit Fell pro Stück 10 Mk., 1 Fasan pro Stück 7 Mk. Vom ausgeschlachteten Wild wird die doppelte Fleischmenge auf Fleischkarte verabfolgt. Es dürfen aber höchstens 2 Pfund an einem Durchhalt abgegeben werden. Die Hasen gelangen rückweise zum Verkauf, und zwar wird die Hälfte des Gewichts auf die Fleischkarte zur Anrechnung gebracht. Für 1 Fasan sind 400 Gramm auf Fleischkarte anzurechnen.

Rosowes. Am Montag, den 8. d. Mts., vormittags von 8 bis 1 Uhr findet in den Verkaufsstellen der Gemeinde auf folgende Nummern des Ausweises der Verkauf von Raritäten statt: Winkel Nr. 5401—5700; Kommerz Nr. 4064—4353; Rudow Nr. 4001—4900; Siegener Nr. 1701—2000. — Bis auf weiteres werden die hiesigen Wildhändler abwechselnd bereit mit Wild versorgt werden, daß die Wildbejagung der Wildarten zu 1/2 Meter möglich ist. Es erhalten jedes Wildquantum die

Händler: Brauer, Meiner, Siegener, Jordan am Montag, den 6. Januar; Hammer, Krüger, Bernoth, Nidel, Rehner am Dienstag, den 7. Januar; Vogel, Schütz, Busch, Janowski, Klaus, Kluge, Köpfer, Jöhl am Mittwoch, den 8. Januar.

Aus den Organisationen.

Teltow-Beeslow U. S. P. D.

Die in der Kreis-Generalversammlung gewählte Wahlkommission hat sich konstituiert. Obmann der Kommission ist Genosse Emil Lüdke, Baumkämpferweg, Baumkämpferstraße 74 (Telephon-Anschluß zwischen 410 und 2 Uhr vormittags Nordplatz 12450/86). In allen Angelegenheiten der Wahlkapitation wollen die Genossen sich an den Obmann der Kommission wenden.

Flugblätter und Referenzen werden am schnellsten durch den Berliner Propagandaauschuss vermittelt. Adresse: Berliner Verbandsbureau, Berlin C., Schillerstraße 5/6 (Alexander 3007).

Das Bureau des Kreisvorstandes befindet sich nach wie vor in Neukölln, Redarstr. 3 (Tel. Neukölln 894).

Achtung Charlottenburg!

Die unter U. S. P.-Charlottenburg für heute nachm. um 2 Uhr angekündigte öffentliche Volksversammlung geht vom Sozialklub aus. Die Heberwachsung U. S. P.-Charlottenburg erklärt sich wohl dazu, daß die Einberufung der Versammlung vor der Trennung des Sozialbundes von der U. S. P. beabsichtigt war. Um unsere Leser vor Irrtümern zu schützen, weisen wir ausdrücklich darauf hin.

4. Kreis. Zur Aussprache über die Wahlkapitation unter den jungen Wählern werden die bis 20 Jahre alten Mitglieder erachtet, am Montag, den 6. Januar, in der Aula der Schule, Tiltstr. 2—4, abds. 7 Uhr, teilnehmenden Sitzung zu kommen. Der Propaganda-Ausschuss.

Arbeitsgemeinschaft Groß-Berliner Soldatenräte U. S. P.: Geschäftsstelle: Schillerstr. 5 III. Geöffnet morgens 9 bis 12 Uhr, nachmittags 2 bis 6 Uhr. Auskunft für alle Soldatenräte.

Aktualität Steglitz. Die auf dem Boden der U. S. P. D. stehenden Genossen und Freunde werden gebeten, am Freitag, abends 7 1/2 Uhr, bei Biehoffka, Bergstraße 9, Ecke Körnerstraße, zu einer Besprechung zu erscheinen.

Berlin-Walde, Montag, den 8. Januar, abends 7 Uhr, bei Wilh. Schulze: Handzettelverbreitung. Montag, den 6. Januar, abends 8 Uhr, Frauenabend bei Wilh. Schulze, Schubarthstraße 30. Dienstag, den 7. Januar, abends 8 Uhr, in der Schulaula: Große öffentliche Frauenversammlung.

Etralau. Am Dienstag, den 7. Januar, abends 7 Uhr, findet in der „Alten Taverne“, Alt-Etralau 28, eine öffentliche Frauenversammlung statt, in der alle Genossinnen anwesend sein müssen. Genossin Martha Krenndorf spricht über die Wahl zur Nationalversammlung.

Freie Jugend Wedding. Am Sonntag, den 5. Januar 1919, findet unsere Generalversammlung statt. Treffpunkt aller Mitglieder 10 Uhr morgens Müller, Ecke Seestraße. — Am Dienstag, den 7. Januar, außerordentliche Mitgliederversammlung im Lokal von Krause, Ulrechtstr., Ecke Turiner Straße.

Freie Jugend Bezirk Eden. Dienstag, den 7. Januar, findet im Lokal Gneisenaustraße 66 eine Versammlung der Mitglieder dieses Bezirkes statt. Tagesordnung: „Was ist Sozialismus?“ Alle Genossinnen und Genossen, welche sich für die sozialistische Jugendbewegung interessieren, sind hierzu eingeladen. Beginn pünktlich 7 1/2 Uhr.

Versammlungen.

Rosowes. Der ungeheure Andrang zu der am 2. d. Mts. in Singers Volksgarten stattgehabten öffentlichen Volksversammlung der U. S. P. zeugte von dem großen Interesse, das die hiesige Wählerkaste an der weiteren Entwicklung der Revolution befaßt. Gen. Zubeil hatte das Referat übernommen. In höchst würdiger und wichtiger Rede, welche zu einer Klage gegen das bisherige reaktionäre Regime und Unterdrückungssystem der breiten Volksmassen wurde, rechnet er mit den bisherigen Nachschub ab; alles Rechte und Hausliche ausgemerzt und ein menschenwürdiges Dasein für alle Menschen soll geschaffen werden. Die kommende Nationalversammlung hat in dieser Hinsicht unendlich viel zu tun! Der brausende Beifall, welcher dem 17-jährigen Referenten gesollt wurde, läßt uns die Hoffnung hegen, daß wir am Wahltag als Sieger hervorgehen werden, und daß sich recht viele Arbeitgenossen der U. S. P. anschließen werden. — Am Mittwoch, den 8. Januar, abends 8 Uhr, findet im kleinen Saal des Singers' Lokals eine Mitgliederversammlung des hiesigen Wahlvereins (U. S. P.), statt. Die Tagesordnung lautet: 1. Trennung zwischen Spartakus und U. S. P. 2. Bericht über die Kreis-Generalversammlung. 3. Verschiedenes.

Gewerkschaftliches.

An die Angestellten-Ausschüsse.

Die Angestellten-Ausschüsse Groß-Berlins hatten zu einer Sonntag, den 29. Dezember 1918, in der Reinen Harmonie stattgefundenen Versammlung Vertreter entsandt, um über ihre Aufgaben zu beraten. Es waren etwa 300 Angestellten-Ausschüsse vertreten. Die Versammlung wählte einen aus 10 Obmannern von Angestellten-Ausschüssen und je 2 Vertretern der beteiligten Gewerkschaften zusammengesetzten Zentralauschuss, dessen Aufgabe es sein soll, die Arbeiten der Angestellten-Ausschüsse zu überwachen und in die richtigen Bahnen zu lenken. Er wird Richtlinien für die Tätigkeit der Angestellten-Ausschüsse aufstellen und Erfahrungen, die im Laufe der Zeit gesammelt werden, in einem besonderen Nachrichtenblatt allen angeschlossenen Angestellten-Ausschüssen bekannt geben. Um den Interessen der beschiedenen Branchen gerecht werden zu können, sind 19 Gruppen gebildet worden, von denen jede einen Vertreter in den Zentralauschuss entsendet. Für besondere Aufgaben wird der Z. A. Kommissionen einsetzen, zu denen Vertreter der in Frage kommenden Berufsgruppen hinzugezogen werden sollen.

Es ist wünschenswert, daß alle Angestellten-Ausschüsse Groß-Berlins sich diesem Zentralauschuss anschließen. Kosten entfallen ihnen nicht, denn der Zentralauschuss arbeitet mit den beteiligten gewerkschaftlichen Organisationen zusammen, die alle Unkosten, welche dem Zentralauschuss erwachsen, tragen.

Zum Vorsitzenden des Zentralauschusses wurde in der ersten Sitzung der Sekretär des Bundes der technisch-industriellen Beamten, Herr Ingenieur G r a m m, gewählt. Die Adresse ist: Berlin NW. 52, Weststr. 7. (Siehe Inserat.)

Achtung! Wahlwirksamkeit. Im Inferatell der heutigen Nummer der „Freiheit“ befindet sich ein Verzeichnis der Streiklokale. In diesen Lokalen treffen sich die Kollegen aus den verschiedenen Stadtteilen zur Kontrolle in der Zeit von 10—11 und 4—6 Uhr.

Bis zum 6. Januar

liegen die Wählerlisten zur Nationalversammlung aus. Die Stunde drängt! Wer sein Wahlrecht nicht verlieren will, prüfe die Liste und bewirke die Eintragung. Die Auslegestellen für die Wählerlisten sind auch heute den ganzen Tag, von morgens 9 bis abends 7 Uhr geöffnet.

Kanntmachungen oder sonstige zur Bildung von freiwilligen Corps auffordert, wegen Hochverrats verhaftet und vor Gericht gestellt wird.

Der A. und S.-Mat will weiter an sämtliche A. und S.-Männer Deutschlands herantreten und sie zur Bekämpfung der freiwilligen Corps und zur Solidarität mit den Braunschweiger A. und S.-Mat auffordern. Gleichzeitig ist sämtlichen in der Republik Braunschweig erscheinenden Zeitungen die Bekanntmachung und die Veröffentlichung von Artikeln, die vom Kriegsministerium, von einem Generalkommando oder einer sonstigen Militärbehörde herrühren, verboten worden. Alle bisherigen Bekanntmachungen und Erlasse werden für ungültig erklärt. Das in Braunschweig ansässige Oberhaupt des freiwilligen Schützenregiments, Major von Moldenhauer, und sämtliche Werbeoffiziere sollen wegen Hochverrats verhaftet und bestraft werden.

Vollständige Demobilisierung des deutschen Heeres?

„Die Demobilisierung des deutschen Heeres ist sehr weit vorangeschritten. 150 Divisionen haben bereits abgerüstet, 18 Divisionen haben noch abzurüsten. Aber auch hier klettert die Demobilisation außerordentlich schnell vorwärts. Mit der Auflösung der alten kaiserlichen Armee erledigen sich auch die Wünsche über Waffentragen und Abzeichen bei dieser Armee. Die alte Armee Deutschlands hat zu existieren aufgehört.“

So berichten die der Reichsregierung nahestehenden „Polit. Parl. Nachrichten“. Aber leider ist es noch nicht so weit. Oder will man uns etwa glauben machen, das deutsche Heer habe nur 168 Divisionen noch? Noch existiert die „alte kaiserliche Armee“, und Nachrichten, wie die obige, werden ohne Zweifel nur zu dem Zwecke verbreitet, um die Öffentlichkeit darüber hinwegzuführen, daß die Reichsregierung nicht daran denkt, die Beschlüsse des A. und S.-Kongresses über sofortige Demobilisierung in die Tat umzusetzen.

Der polnische Volksrat.

Warschau, 4. Januar. Gestern fand hier eine Vollversammlung des polnischen obersten Volksrates statt. Korfanth erklärte, die Polen wollen der Friedenskonferenz absolut nicht vorzuziehen. Würden aber nicht zugeben, daß sie an ihrer nationalen Organisation gefestigt werden. Etwaigen gewalttätigen Einwirkungen gegenüber bekämpfen die Polen Gegenmittel und zwar in Gestalt einer obersten Organisation gegen die Regierung, ferner vor allem, wie Adamki bemerkt, in Gestalt der Lebensmittelleistungen, die stets der jeweiligen politischen Lage entsprechend angepaßt werden könnten. Bezüglich der letzten Verhaftung verschiedener polnischer Bürger in Ermund und Wafarsin drohte Korfanth mit Gegenmaßnahmen in der Provinz Polen. Es wurde einstimmig beschlossen, einen aus 100 Mitgliedern aus ganz Polen bestehenden Nationalrat in Warschau zu begründen, der alle Parteien umfassen und bis zur Zusammenkunft des polnischen Landtages die Funktionen eines Kontrollorgans übernehmen soll. Schließlich wurde eine Entschließung angenommen, in der es heißt: Mit Rücksicht darauf, daß allein der Oberste Volksrat in unserem Landesteile die tatsächliche Macht besitzt, die Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten, sowie das Leben und Eigentum der Bewohner ohne Unterschied des Bekenntnisses und der Nationalität zu beschützen, sei es unbedingt notwendig, daß der Oberste Volksrat die Verwaltung in seine Hand nehme.

Hilfe für Estland.

Eine Sympathieumgebung der schwedischen Sozialdemokraten.

Stockholm, 4. Januar. Die Parteileitung der schwedischen Sozialdemokratie hat an die Führer der estnischen Sozialdemokratie ein Telegramm geschickt, in welchem sie ihre Sympathie für den Verteidigungskampf des estnischen Volkes ausdrückt, den dasselbe jetzt gegen die Militärmächte Sowjetrusslands führt. Alle kleineren Nationen, so heißt es in der Depesche, haben ein solches Interesse, daß Gewaltmacht, wozu dieselbe auch kommt, nicht endgültig triumphiert. Erst in einem selbstregierten sozialdemokratischen Lande kann die Arbeiterklasse mit dauerndem Erfolge die Abfassung des Kapitalismus durch eine sozialistische Gesellschaftsordnung durchführen.

Graf Rankau gegen Pichon.

Der Staatssekretär des Auswärtigen, Graf Brockdorff-Rankau, meldet sich in einer längeren Erklärung gegen die Rede des französischen Ministers des Auswärtigen, Pichon, die entgegen dem Selbstbestimmungsrecht der Völker das Recht des Siegers proklamiert. Graf Rankau betont demgegenüber insbesondere das Recht der Deutsch-Oesterreicher auf ihre Selbstbestimmung.

Die internationale Konferenz.

Stockholm, 4. Januar. Laut „Sozialdemokraten“ hat Beantung an die Neutralen die Einladung zur internationalen sozialistischen Konferenz in Lausanne ausgesandt und Rußland sowie die Mittelmächte davon unterrichtet. In seiner Einladung heißt es, daß die Konferenz wahrscheinlich am 21. Januar eröffnet werden soll.

Bern, 4. Januar. Die „Populaire“ mittels, wird die Delegation der französischen Sozialistenpartei zur internationalen Sozialistenkonferenz in Lausanne mit folgt zusammengesetzt sein: Longuet, Bressmann, Riffard, Cadin, Broissard, Laurion, Paul Jorde, Verjeuil, Rapera, Albert Thomas, Renaudel, Polisson, Tubruil.

Paris, 4. Januar. (Havas.) Gemäß dem Beschluß der internationalen Konferenz im Jahre 1918 hat der Sekretär des allgemeinen Arbeiterverbandes, Jouhaux, Vertreter der Gewerkschaftszentren eingeladen, an einer internationalen Gewerkschaftskonferenz teilzunehmen, die zugleich mit der

internationalen Arbeiterkonferenz stattfinden wird. Jouhaux ersucht den Sekretär der holländischen Gewerkschaftszentren, die Zentralen von Deutschland, Oesterreich-Ungarn usw. einzuladen. Jede Nation kann zehn Delegierte zu der Konferenz entsenden. Bei der Abstimmung erhält jede Nation eine Stimme.

Japan verläßt Sibirien.

London, 4. Januar. „Daily Express“ meldet unter dem 27. Dezember aus Tokio: Das Kriegsministerium gibt die Zurückziehung von 34 000 Mann japanischer Truppen aus Sibirien bekannt und erklärt, daß Japan beabsichtigt, seine in Sibirien befindlichen Truppen auf das geringste mögliche Maß zu beschränken.

Adolf Müller — Gesandter in Bern.

Bern, 4. Januar. An Stelle des früheren Gesandten von Romberg soll der kaiserliche sozialdemokratische Landtagsabgeordnete und langjährige Chefredakteur der „Münchener Post“ Adolf Müller zum deutschen Gesandten in Bern ernannt werden.

Aufbruch!

Kameraden!

Erscheint zur

Massendemonstration

der Jahrgänge 96 bis 99 am Sonntag, den 5. Januar, um 2 Uhr, in der Siegesallee!

Wir fordern:

Sofortige völlige Demobilisierung!

Sofortige Bildung einer roten Armee!

Niemand darf fehlen! Großes steht auf dem Spiel!

Jeder Kamerad, der frei sein will, jeder Arbeiter, der gerecht empfindet, jede Frau, die ihre heranwachsenden Söhne vor der Militärtaute bewahren will, schließe sich uns an!

Kommt in Masse!

Reichsausschuß der Jahrgänge 96 bis 99.

8 Uhr-Abendblatt in Wnt.

Wir brachten gestern eine kurze Berichterstattung über die Demonstration der Kellner vor der Redaktion des „8-Uhr-Abendblattes“. Daß wir mit unserer Darstellung ins Schwarze getroffen haben, beweist uns die Wut, mit der heute das „8-Uhr-Abendblatt“ uns zu widerlegen sucht. „Es ist nicht wahr“, beginnen sie mit Pathos. Was ist nicht wahr? Daß sich die Redakteure des „8-Uhr-Abendblattes“ vor der Deputation nicht bliden ließen.

Das haben wir auch gar nicht behauptet. Sie ließen sich vor den Demonstranten nicht bliden, sie wagten es nicht, sich der Masse zu zeigen, obwohl das durch dauernde Jurufe von ihnen verlangt wurde. Daß sie sich vor der Deputation, die ja doch in die Redaktion selbst hinaufstieg, „bliden“ lassen mußten, ist wohl klar. Sie hätten ja sonst unter die Tische kriechen müssen.

Im übrigen verweisen wir auf die Resolution der Kellner, aus der zur Genüge deutlich wird, wie das „8-Uhr-Abendblatt“ sich benommen hat und wie berechtigt die Enttäuschung der Kellner war. Wenn es heute zu seiner Entschuldigung etwas von Raumangel himmelt, so kommt das wohl ziemlich einem Gesandten gleich.

Der einzige Punkt, in dem das „8-Uhr-Abendblatt“ recht hat, ist der letzte, in dem es versichert, daß und das „Gebäude“, in dem sich unsere Redaktion befindet, nicht gehört.

Sitzung der Berliner Arbeiterräte.

Die Stellung der Arbeiterräte.

Die Versammlung der Arbeiterräte der Berliner Großbetriebe vom 4. Januar 1919 beschäftigte sich mit Richtlinien für die Aufgaben und das Tätigkeitsgebiet der Arbeiterräte. Nach lebhafter Diskussion erfolgte die einstimmige Annahme nachfolgender

Grundsätze,

die der Volksrat der Arbeiter- und Soldatenräte bei Aufstellung der Richtlinien zu berücksichtigen hat:

I. Die Arbeiterräte haben innerhalb der Großbetriebe entscheidenden Einfluß auf Produktions-, Lohn- und Arbeitsverhältnisse auszuüben. Sie haben in der Übergangszeit für die Aufrechterhaltung der Produktion zu sorgen und ihre Aufmerksamkeit und Energie auf die schleunige Sozialisierung der industriellen Großbetriebe zu richten.

II. Der Arbeiterrat jedes Großbetriebes ist der Direktion und dem Aufsichtsrat mit Sitz und Stimme bei allen zu erledigenden technischen und kaufmännischen Angelegenheiten gleichberechtigt beigeordnet.

III. Der Arbeiterrat hat das Recht, geeignete Personen für die Bekämpfung der Notstandsbrände (Notstands-Kommission, Korrespondenz, Registratur, betriebstechnische Bureau usw.)

IV. Der Arbeiterrat ist für die Arbeiterschaft seines Betriebes die höchste Instanz.

Außerdem wurden noch folgende zur Diskussion gestellte Resolutionen einstimmig angenommen:

I.

„Die heute am 4. Januar 1919 im Abgeordnetenhaus. Festsaal, tagende Arbeiterräteversammlung der Großbetriebe beschließt:

In dem Bewußtsein, daß die Durchführung der Sozialisierung im revolutionär-sozialistischen Sinne un-

dingt die Mitarbeit der Arbeiterräte erfordert, in der weiteren Erkenntnis, daß die Institution der Arbeiterräte eine aus der Revolution heraus geborene notwendige Einrichtung ist, appellieren die Arbeiterräte der Berliner Großbetriebe an die Einsicht der revolutionären Arbeiterschaft und fordern sie auf, sich den einschlagenden Bestrebungen zur Befestigung der Arbeiterräte mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln zu widersetzen.“

II.

„Die Arbeiterräte der Berliner Großbetriebe protestieren auf das entschiedenste gegen die Verordnung des Reichsarbeitsamts vom 23. Dezember 1918, betreffend Tarifverträge, Arbeiter- und Angestelltenausschüsse und Schlichtung von Arbeitsstreitigkeiten. Diese Verordnung ist vorbereitet und erlassen worden ohne Hinzuziehung der Vertreter der Arbeiterräte und ist ungerecht, diese zu beseitigen. Die Arbeiterräte üben ihre Tätigkeit kraft revolutionären Rechts aus und werden sich dieses Recht nicht nehmen lassen. Sie werden sich auch dem Abschlus irgendwelcher Kollektivverträge energisch widersetzen, die gegignet sind, die Tätigkeit der Arbeiterräte lahmzulegen.“

Sitzung der kommunalen A.- und S.-Räte Groß-Berlins.

Am Freitag, den 3. Januar 1919, nachmittags 4 Uhr, tagte im Festsaal des Preussischen Abgeordnetenhauses die Konferenz der Vorstände der kommunalen Arbeiter- und Soldatenräte Groß-Berlins. 48 Ortsräte hatten 86 Vertreter entsandt. Es entspann sich eine lebhaft diskutierte über die Frage, ob die Arbeiter- und Soldatenräte als dauernde Institution beibehalten werden sollen. Des Weiteren wurden Vorschläge zur Aufstellung von Richtlinien für die Aufgaben und das Tätigkeitsgebiet dieser kommunalen Arbeiter- und Soldatenräte erörtert. Nach Schluß der Diskussion wurde folgende Resolution gegen wenige Stimmen angenommen:

„Die Konferenz der Vorstände der kommunalen Arbeiter- und Soldatenräte ist durchdrungen von der Erkenntnis, daß den Arbeiter- und Soldatenräten als Volksgewalt des revolutionären Proletariats alle politische Macht gebührt, und daß die Arbeiter- und Soldatenräte berufen sind, insbesondere die Verwaltung der Gemeinden im Sinne des revolutionären Sozialismus durchzuführen. Deshalb muß die Macht der kommunalen Arbeiter- und Soldatenräte durch das revolutionäre Proletariat derart gesteigert werden, daß sie nicht nur das Kontrollrecht, sondern die unmittelbare Vollzugs Gewalt in kommunalen Angelegenheiten ausüben vermögen. Um ein möglichst einheitliches Zusammenarbeiten aller Groß-Berliner kommunalen Arbeiterräte mit dem Ziele der Durchführung der sozialen Revolution zu ermöglichen, sind Richtlinien auszuarbeiten. Hierzu wird eine Kommission gewählt, die sich zusammensetzt aus je sieben Vertretern der beiden sozialistischen Parteien. Diese Kommission wird ergänzt durch zwei Mitglieder des Volksrates, sie ist beauftragt, Richtlinien auszuarbeiten und einer demnächst einzuberufenden Vollversammlung der kommunalen Arbeiter- und Soldatenräte zur Beschlußfassung vorzulegen.“

Diese Richtlinien werden der Vollversammlung des Groß-Berliner Arbeiter- und Soldatenrats zur Beschlußfassung unterbreitet werden.

Soziales.

Verordnung zur Ergänzung des § 502 der Reichsversicherungsordnung.

Der § 502 der R.V.O., nachdem im Falle der Tötung eines Ehefrau, die wegen Erwerbsunfähigkeit des Ehemannes ihre Familie ganz oder überwiegend aus ihrem Arbeitsverdienst unterhalten hat, dem Witwer und den Kindern für die Dauer der Bedürftigkeit eine Rente zu gewähren ist, wird durch eine Verordnung der Volksbeauftragten vom 23. Dezember 1918 dahin ergänzt, daß der Militärdienst des Ehemannes der Erwerbsunfähigkeit gleichzustellen ist. Die Wirkung der Verordnung gilt vom 1. August 1914.

Gute Bücher für den Ehestand.

In mehr als 100 000 Familien verbreitet.

Der Mensch.

Werden, Sein und Werden, v. H. Tschertoff. Mit 4 farbigen Tafeln, einem zeitgenössischen Modell in der Entwicklungsperiode, 276 Illustrationen. Preis gebunden M 7.50, geb. M 10.—, ferner:

Mann und Weib.

Eine Gesamtdarstellung ihrer physiologischen, stofflichen, ethnologischen und kulturhistorischen Beziehungen von Dr. E. Reichen. Ein 470 Seiten starker Band, geb. M 6.—, gebd. M 8.—, eines der besten und glänzendsten rezensierten Werke ist

Das Geschlechtsleben des Weibes

von Frau Dr. Fischer-Züdelmann, 20. vermehrte und verbesserte Auflage mit vielen Illustrationen und einem zeitgenössischen Modell des Frauenkörpers in der Entwicklungsperiode. Preis geb. M 5.—, gebd. M 6.50. Für die junge Frau, die Mutter unentbehrlich, für jeden Mann bezeichnend.

Professor Kohleberer nennt das begeistert aufgenommen, schon in 8. Auflage erschienene Werk

Die aufgeklärte Frau

von Truska Bagiensti. Mit fünfzig Illustrationen der Frau aus allen Lebenslagen. Geb. M 5.—, gebd. M 6.50. Das Beste, das je über und für die Frau erschienen ist.

Wer über sich, die Ehe gute Aufklärung haben will, der lese diese vorzüglichen Bücher. Männer und Frauen der Wissenschaft seien hier in Besitz an Lebenserfahrung. Die Bücher sind einzeln oder zusammen zu beziehen durch:

Vogler & Co., Berlin W 9, Köthener Str. 27, Abt. 2.

Kaufhaus des Westens

G. m. b. H.

Kleiderstoffe

Waschstoffe mit entzückenden Druckmustern Meter 975
Schleierstoffe heller oder dunkler Grund, mit eleganten Mustern bedruckt, etwa 115 cm breit... Meter 1350 1950
Opal-Batiste weiss, mit Punkt- oder Streifen-Muster, für Tanzstunden-Kleider oder dunkelgründige Muster... Meter 1450
Opal-Batist mit Blumen-Mustern in neuzeitlichen Farben bedruckt, doppelt breit, für Tanzstunden-Kleider... Meter 2450
Reinwoll. Kleiderstoffe Panama-Gewebe, schwarz oder farbig... Meter 1350 2650
Kostüm- oder Rockstoffe farbiges Noppenmuster, auf dunkl. Grund, doppeltbreit... Meter 1950
Kostüm-Stoffe woll-gemischt, braun, marine, grün, schwarz, etwa 140 cm breit... Meter 3200

Auf eine Anzahl Reise-Koffer u. Reise-Taschen mit oder ohne Einrichtung **25% Rabatt**

Winter-Mäntel für Damen sind bezugscheinpflichtig

Damen-Bekleidung

Jackenkostüme solide Stoffe, 15000 19000 25000
Mäntel aus Winterstoffen, flotte, halb'ange Form... 7500 9800 15000
Mäntel lange, moderne Glockenform, schöne flauschige Stoffe... 15000 22500 29000
Kleiderröcke aus dunklen, die onalätigen Stoffen... 4900 6900 9800

Winter-Mäntel f. Mädchen sind bezugscheinpflichtig

Kleider dunkelgefärbte Schleierstoffe, fescbe jugendl. Formen 7800 9500 12500
Elegante Seiden-Kleider fescbe Verarbeitung, vornehme Farben 12500 17500 25000
Blusen gemusterter Schleierstoff, in feinen Ausführaugen 1975 2950 4900
Seiden-Blusen gute Qualität, viele elegante Macbarten... 3950 5900 9800

Pelz-Waren

Skunks-Kanin- Schulterkragen, gr. Schaform 5900
Zobel-Kanin -Kragen Tierform 6900
Zobel-Kanin-Muff Taschenform... 6900
Feh-Kanin -Roll-Kragen für Kostüm oder Mantel... 5900
Feh-Kanin- Manschetten... Paar 2950
Feh-Kanin -Muff grosse Form 9800
Skunks-Kanin- Kragen, grosse Tierform... 9800
Alaska-Fuchs- Kragen, auf reusidenelem Futter 7800

Pelzmäntel teilweise mit 20% Rabatt

Seidenstoffe

Hut-Plüsch schwarz... Meter 915
Seiden-Chiffon ca. 100 cm breit... Meter 1080
Blusenseide schottisch kariert... Meter 1250
Blusenseide hellgestreift Muster, Waach-Seide... Meter 1250
Schotten-Karos Meter 1750 1875
Kleider-Taffet marine oder braun, doppeltbreit... Meter 4250
Kunstseid. Blusenstoffe Karo- od. Streifen-Muster, etwa 70 cm breit... Meter 1350 1950
Seiden-Voile marine oder schwarz, Punkt- oder Streifen, passend f. vornehme Gesellschaftskleidung, etwa 110 cm breit... Meter 2250

Auf eine Anzahl Geld- und Brief-taschen, Zigarren-taschen, Damen-Sandtaschen, Parfütaschen **25% Rabatt**

Inventur-Ausverkauf

in allen erlaubten Abteilungen

Kaufhaus des Westens G. m. b. H. Berlin W. Tauentzienstr. 21-24

Theater und Vergnügen.
Volksbühne. Theater am Bulowplatz. Direction Fried. Kayser. 3 Uhr: Mass für Mass. 7 1/2 Uhr: Wilhelm Tell.
Opernhaus. 7 Uhr: Königskinder. Schauspiele. 6 Uhr: Othello, der Mohr von Venedig.
Deutsches Theater. 3 Uhr: Hedda Gabler. 7 1/2 Uhr: Bei der Licht schaut in 6. F. F. F.
Kammerspiele. 7 1/2 Uhr: Frühling Erwachen. 7 1/2 Uhr: Der Sohn.
Kleines Schauspielhaus. Passantenstrasse 7, Part. 5. 7 1/2 Uhr: Die Hausenberche (halbe Preise). 7 1/2 Uhr: Die Bühne der Passen.
Theater d. d. Königgrätzer Str. 7 1/2 Uhr: Eisele. 3 Uhr: Erdbeet.
Komodienhaus. Schillingstr. 25, a. d. N. Wilhelmstr. 8 Uhr: Die tanzende Nymphe. 3 Uhr: Die Ehre.
Berliner Theater. 3 Uhr: Sterne, die wieder leuchten. 3 Uhr: Die tolle Komtö.
Lessing-Theater. Direction: Victor Barnowsky. 3 Uhr: Perleberg-Partie Piquet. 7 1/2 Uhr: Der E-Böser. Montag: Der Waz... von Keth. Dienstag: Der Schöpfer. Mittwoch: Dinn... Der Schöpfer. Freitag: Peer Gynt. Sonn. Sonntag: Der Schöpfer. Montag: Der Marquis v. Keith.
Deutsches Künstler-Th. 3 Uhr: Der Blautücher. 3 Uhr: Die tolle Komtö.
Trianon-Theater. Bbl. Friedrichstr. 21. 4927, 2091. Abends 8 1/2 Uhr.
Der gute Ruf.
Rosendenz-Theater. Abends 8 1/2 Uhr. „Der Lebensschüler“. Central-Theater.
Die Rose von Stambul Deutsches Opernhaus Charlottenb.
Oberon. Friedrich-Wilhelmstr. Theater. 3 Uhr: Der Troubadour. 7 1/2 Uhr: „Hannert“. Das Dreimäderlhaus. II. Teil.

meines theater. 3 1/2 Uhr: Jettchen feiert. 7 1/2 Uhr: Bürger Schippel.
Waldfriede Theater. 3 1/2 Uhr: Die spanische Flieger.
Metropol-Theater. 3 Uhr: Wiener Blut. 7 1/2 Uhr: Die Faschingsfee.
Neues Operettenhaus. 3 1/2 Uhr: Der Soldat der Maria. Täglich abends 7 1/2 Uhr: Ballet Charrill. Neue Tänze. Vorher: Circus und Ihre Schwäne.
Palast-Theater. 3 1/2 Uhr: Der Struwwelpeter. 7 1/2 Uhr: Die im Schatten leben.
Waldfriede Theater. 3 1/2 Uhr: Die tolle Komtö.
Waldfriede Theater. 3 1/2 Uhr: Die tolle Komtö.
Waldfriede Theater. 3 1/2 Uhr: Die tolle Komtö.
Waldfriede Theater. 3 1/2 Uhr: Die tolle Komtö.

Casino-Theater. Lottringer Str. 37. Tägl. 10 Uhr: Der erfolgreiche Schlichter. Die goldene Brücke. Vorher: Spezialitäten. u. a. der orkomische Rücken-Sonntag 10 Uhr: Friede auf Erden.
Waldfriede Theater. 3 1/2 Uhr: Der Wolfshäutchen. 7 1/2 Uhr: Zerstört der Starke.
Wintergarten. Das grosse Spezialitäten-Programm. Anfang 1/2, 8 Uhr.

Lieban-Yabarelli Kunst-Künstler-Diele. Täglich 11 Uhr. Ab 4 Uhr: Orchester von 4-7 1/2 Uhr. - das große Programm - Ab 7 1/2 Uhr: Tanz. Feit russ. Tee, Kaffee, Mokka, Schokolade, Fein-Gebäck. II. W. u. II. K. u. II. Z. u. II. F. u. II. P. u. II. S. u. II. T. u. II. U. u. II. V. u. II. W. u. II. X. u. II. Y. u. II. Z. u. II. A. u. II. B. u. II. C. u. II. D. u. II. E. u. II. F. u. II. G. u. II. H. u. II. I. u. II. J. u. II. K. u. II. L. u. II. M. u. II. N. u. II. O. u. II. P. u. II. Q. u. II. R. u. II. S. u. II. T. u. II. U. u. II. V. u. II. W. u. II. X. u. II. Y. u. II. Z. u. II. A. u. II. B. u. II. C. u. II. D. u. II. E. u. II. F. u. II. G. u. II. H. u. II. I. u. II. J. u. II. K. u. II. L. u. II. M. u. II. N. u. II. O. u. II. P. u. II. Q. u. II. R. u. II. S. u. II. T. u. II. U. u. II. V. u. II. W. u. II. X. u. II. Y. u. II. Z. u. II. A. u. II. B. u. II. C. u. II. D. u. II. E. u. II. F. u. II. G. u. II. H. u. II. I. u. II. J. u. II. K. u. II. L. u. II. M. u. II. N. u. II. O. u. II. P. u. II. Q. u. II. R. u. II. S. u. II. T. u. II. U. u. II. V. u. II. W. u. II. X. u. II. Y. u. II. Z. u. II. A. u. II. B. u. II. C. u. II. D. u. II. E. u. II. F. u. II. G. u. II. H. u. II. I. u. II. J. u. II. K. u. II. L. u. II. M. u. II. N. u. II. O. u. II. P. u. II. Q. u. II. R. u. II. S. u. II. T. u. II. U. u. II. V. u. II. W. u. II. X. u. II. Y. u. II. Z. u. II. A. u. II. B. u. II. C. u. II. D. u. II. E. u. II. F. u. II. G. u. II. H. u. II. I. u. II. J. u. II. K. u. II. L. u. II. M. u. II. N. u. II. O. u. II. P. u. II. Q. u. II. R. u. II. S. u. II. T. u. II. U. u. II. V. u. II. W. u. II. X. u. II. Y. u. II. Z. u. II. A. u. II. B. u. II. C. u. II. D. u. II. E. u. II. F. u. II. G. u. II. H. u. II. I. u. II. J. u. II. K. u. II. L. u. II. M. u. II. N. u. II. O. u. II. P. u. II. Q. u. II. R. u. II. S. u. II. T. u. II. U. u. II. V. u. II. W. u. II. X. u. II. Y. u. II. Z. u. II. A. u. II. B. u. II. C. u. II. D. u. II. E. u. II. F. u. II. G. u. II. H. u. II. I. u. II. J. u. II. K. u. II. L. u. II. M. u. II. N. u. II. O. u. II. P. u. II. Q. u. II. R. u. II. S. u. II. T. u. II. U. u. II. V. u. II. W. u. II. X. u. II. Y. u. II. Z. u. II. A. u. II. B. u. II. C. u. II. D. u. II. E. u. II. F. u. II. G. u. II. H. u. II. I. u. II. J. u. II. K. u. II. L. u. II. M. u. II. N. u. II. O. u. II. P. u. II. Q. u. II. R. u. II. S. u. II. T. u. II. U. u. II. V. u. II. W. u. II. X. u. II. Y. u. II. Z. u. II. A. u. II. B. u. II. C. u. II. D. u. II. E. u. II. F. u. II. G. u. II. H. u. II. I. u. II. J. u. II. K. u. II. L. u. II. M. u. II. N. u. II. O. u. II. P. u. II. Q. u. II. R. u. II. S. u. II. T. u. II. U. u. II. V. u. II. W. u. II. X. u. II. Y. u. II. Z. u. II. A. u. II. B. u. II. C. u. II. D. u. II. E. u. II. F. u. II. G. u. II. H. u. II. I. u. II. J. u. II. K. u. II. L. u. II. M. u. II. N. u. II. O. u. II. P. u. II. Q. u. II. R. u. II. S. u. II. T. u. II. U. u. II. V. u. II. W. u. II. X. u. II. Y. u. II. Z. u. II. A. u. II. B. u. II. C. u. II. D. u. II. E. u. II. F. u. II. G. u. II. H. u. II. I. u. II. J. u. II. K. u. II. L. u. II. M. u. II. N. u. II. O. u. II. P. u. II. Q. u. II. R. u. II. S. u. II. T. u. II. U. u. II. V. u. II. W. u. II. X. u. II. Y. u. II. Z. u. II. A. u. II. B. u. II. C. u. II. D. u. II. E. u. II. F. u. II. G. u. II. H. u. II. I. u. II. J. u. II. K. u. II. L. u. II. M. u. II. N. u. II. O. u. II. P. u. II. Q. u. II. R. u. II. S. u. II. T. u. II. U. u. II. V. u. II. W. u. II. X. u. II. Y. u. II. Z. u. II. A. u. II. B. u. II. C. u. II. D. u. II. E. u. II. F. u. II. G. u. II. H. u. II. I. u. II. J. u. II. K. u. II. L. u. II. M. u. II. N. u. II. O. u. II. P. u. II. Q. u. II. R. u. II. S. u. II. T. u. II. U. u. II. V. u. II. W. u. II. X. u. II. Y. u. II. Z. u. II. A. u. II. B. u. II. C. u. II. D. u. II. E. u. II. F. u. II. G. u. II. H. u. II. I. u. II. J. u. II. K. u. II. L. u. II. M. u. II. N. u. II. O. u. II. P. u. II. Q. u. II. R. u. II. S. u. II. T. u. II. U. u. II. V. u. II. W. u. II. X. u. II. Y. u. II. Z. u. II. A. u. II. B. u. II. C. u. II. D. u. II. E. u. II. F. u. II. G. u. II. H. u. II. I. u. II. J. u. II. K. u. II. L. u. II. M. u. II. N. u. II. O. u. II. P. u. II. Q. u. II. R. u. II. S. u. II. T. u. II. U. u. II. V. u. II. W. u. II. X. u. II. Y. u. II. Z. u. II. A. u. II. B. u. II. C. u. II. D. u. II. E. u. II. F. u. II. G. u. II. H. u. II. I. u. II. J. u. II. K. u. II. L. u. II. M. u. II. N. u. II. O. u. II. P. u. II. Q. u. II. R. u. II. S. u. II. T. u. II. U. u. II. V. u. II. W. u. II. X. u. II. Y. u. II. Z. u. II. A. u. II. B. u. II. C. u. II. D. u. II. E. u. II. F. u. II. G. u. II. H. u. II. I. u. II. J. u. II. K. u. II. L. u. II. M. u. II. N. u. II. O. u. II. P. u. II. Q. u. II. R. u. II. S. u. II. T. u. II. U. u. II. V. u. II. W. u. II. X. u. II. Y. u. II. Z. u. II. A. u. II. B. u. II. C. u. II. D. u. II. E. u. II. F. u. II. G. u. II. H. u. II. I. u. II. J. u. II. K. u. II. L. u. II. M. u. II. N. u. II. O. u. II. P. u. II. Q. u. II. R. u. II. S. u. II. T. u. II. U. u. II. V. u. II. W. u. II. X. u. II. Y. u. II. Z. u. II. A. u. II. B. u. II. C. u. II. D. u. II. E. u. II. F. u. II. G. u. II. H. u. II. I. u. II. J. u. II. K. u. II. L. u. II. M. u. II. N. u. II. O. u. II. P. u. II. Q. u. II. R. u. II. S. u. II. T. u. II. U. u. II. V. u. II. W. u. II. X. u. II. Y. u. II. Z. u. II. A. u. II. B. u. II. C. u. II. D. u. II. E. u. II. F. u. II. G. u. II. H. u. II. I. u. II. J. u. II. K. u. II. L. u. II. M. u. II. N. u. II. O. u. II. P. u. II. Q. u. II. R. u. II. S. u. II. T. u. II. U. u. II. V. u. II. W. u. II. X. u. II. Y. u. II. Z. u. II. A. u. II. B. u. II. C. u. II. D. u. II. E. u. II. F. u. II. G. u. II. H. u. II. I. u. II. J. u. II. K. u. II. L. u. II. M. u. II. N. u. II. O. u. II. P. u. II. Q. u. II. R. u. II. S. u. II. T. u. II. U. u. II. V. u. II. W. u. II. X. u. II. Y. u. II. Z. u. II. A. u. II. B. u. II. C. u. II. D. u. II. E. u. II. F. u. II. G. u. II. H. u. II. I. u. II. J. u. II. K. u. II. L. u. II. M. u. II. N. u. II. O. u. II. P. u. II. Q. u. II. R. u. II. S. u. II. T. u. II. U. u. II. V. u. II. W. u. II. X. u. II. Y. u. II. Z. u. II. A. u. II. B. u. II. C. u. II. D. u. II. E. u. II. F. u. II. G. u. II. H. u. II. I. u. II. J. u. II. K. u. II. L. u. II. M. u. II. N. u. II. O. u. II. P. u. II. Q. u. II. R. u. II. S. u. II. T. u. II. U. u. II. V. u. II. W. u. II. X. u. II. Y. u. II. Z. u. II. A. u. II. B. u. II. C. u. II. D. u. II. E. u. II. F. u. II. G. u. II. H. u. II. I. u. II. J. u. II. K. u. II. L. u. II. M. u. II. N. u. II. O. u. II. P. u. II. Q. u. II. R. u. II. S. u. II. T. u. II. U. u. II. V. u. II. W. u. II. X. u. II. Y. u. II. Z. u. II. A. u. II. B. u. II. C. u. II. D. u. II. E. u. II. F. u. II. G. u. II. H. u. II. I. u. II. J. u. II. K. u. II. L. u. II. M. u. II. N. u. II. O. u. II. P. u. II. Q. u. II. R. u. II. S. u. II. T. u. II. U. u. II. V. u. II. W. u. II. X. u. II. Y. u. II. Z. u. II. A. u. II. B. u. II. C. u. II. D. u. II. E. u. II. F. u. II. G. u. II. H. u. II. I. u. II. J. u. II. K. u. II. L. u. II. M. u. II. N. u. II. O. u. II. P. u. II. Q. u. II. R. u. II. S. u. II. T. u. II. U. u. II. V. u. II. W. u. II. X. u. II. Y. u. II. Z. u. II. A. u. II. B. u. II. C. u. II. D. u. II. E. u. II. F. u. II. G. u. II. H. u. II. I. u. II. J. u. II. K. u. II. L. u. II. M. u. II. N. u. II. O. u. II. P. u. II. Q. u. II. R. u. II. S. u. II. T. u. II. U. u. II. V. u. II. W. u. II. X. u. II. Y. u. II. Z. u. II. A. u. II. B. u. II. C. u. II. D. u. II. E. u. II. F. u. II. G. u. II. H. u. II. I. u. II. J. u. II. K. u. II. L. u. II. M. u. II. N. u. II. O. u. II. P. u. II. Q. u. II. R. u. II. S. u. II. T. u. II. U. u. II. V. u. II. W. u. II. X. u. II. Y. u. II. Z. u. II. A. u. II. B. u. II. C. u. II. D. u. II. E. u. II. F. u. II. G. u. II. H. u. II. I. u. II. J. u. II. K. u. II. L. u. II. M. u. II. N. u. II. O. u. II. P. u. II. Q. u. II. R. u. II. S. u. II. T. u. II. U. u. II. V. u. II. W. u. II. X. u. II. Y. u. II. Z. u. II. A. u. II. B. u. II. C. u. II. D. u. II. E. u. II. F. u. II. G. u. II. H. u. II. I. u. II. J. u. II. K. u. II. L. u. II. M. u. II. N. u. II. O. u. II. P. u. II. Q. u. II. R. u. II. S. u. II. T. u. II. U. u. II. V. u. II. W. u. II. X. u. II. Y. u. II. Z. u. II. A. u. II. B. u. II. C. u. II. D. u. II. E. u. II. F. u. II. G. u. II. H. u. II. I. u. II. J. u. II. K. u. II. L. u. II. M. u. II. N. u. II. O. u. II. P. u. II. Q. u. II. R. u. II. S. u. II. T. u. II. U. u. II. V. u. II. W. u. II. X. u. II. Y. u. II. Z. u. II. A. u. II. B. u. II. C. u. II. D. u. II. E. u. II. F. u. II. G. u. II. H. u. II. I. u. II. J. u. II. K. u. II. L. u. II. M. u. II. N. u. II. O. u. II. P. u. II. Q. u. II. R. u. II. S. u. II. T. u. II. U. u. II. V. u. II. W. u. II. X. u. II. Y. u. II. Z. u. II. A. u. II. B. u. II. C. u. II. D. u. II. E. u. II. F. u. II. G. u. II. H. u. II. I. u. II. J. u. II. K. u. II. L. u. II. M. u. II. N. u. II. O. u. II. P. u. II. Q. u. II. R. u. II. S. u. II. T. u. II. U. u. II. V. u. II. W. u. II. X. u. II. Y. u. II. Z. u. II. A. u. II. B. u. II. C. u. II. D. u. II. E. u. II. F. u. II. G. u. II. H. u. II. I. u. II. J. u. II. K. u. II. L. u. II. M. u. II. N. u. II. O. u. II. P. u. II. Q. u. II. R. u. II. S. u. II. T. u. II. U. u. II. V. u. II. W. u. II. X. u. II. Y. u. II. Z. u. II. A. u. II. B. u. II. C. u. II. D. u. II. E. u. II. F. u. II. G. u. II. H. u. II. I. u. II. J. u. II. K. u. II. L. u. II. M. u. II. N. u. II. O. u. II. P. u. II. Q. u. II. R. u. II. S. u. II. T. u. II. U. u. II. V. u. II. W. u. II. X. u. II. Y. u. II. Z. u. II. A. u. II. B. u. II. C. u. II. D. u. II. E. u. II. F. u. II. G. u. II. H. u. II. I. u. II. J. u. II. K. u. II. L. u. II. M. u. II. N. u. II. O. u. II. P. u. II. Q. u. II. R. u. II. S. u. II. T. u. II. U. u. II. V. u. II. W. u. II. X. u. II. Y. u. II. Z. u. II. A. u. II. B. u. II. C. u. II. D. u. II. E. u. II. F. u. II. G. u. II. H. u. II. I. u. II. J. u. II. K. u. II. L. u. II. M. u. II. N. u. II. O. u. II. P. u. II. Q. u. II. R. u. II. S. u. II. T. u. II. U. u. II. V. u. II. W. u. II. X. u. II. Y. u. II. Z. u. II. A. u. II. B. u. II. C. u. II. D. u. II. E. u. II. F. u. II. G. u. II. H. u. II. I. u. II. J. u. II. K. u. II. L. u. II. M. u. II. N. u. II. O. u. II. P. u. II. Q. u. II. R. u. II. S. u. II. T. u. II. U. u. II. V. u. II. W. u. II. X. u. II. Y. u. II. Z. u. II. A. u. II. B. u. II. C. u. II. D. u. II. E. u. II. F. u. II. G. u. II. H. u. II. I. u. II. J. u. II. K. u. II. L. u. II. M. u. II. N. u. II. O. u. II. P. u. II. Q. u. II. R. u. II. S. u. II. T. u. II. U. u. II. V. u. II. W. u. II. X. u. II. Y. u. II. Z. u. II. A. u. II. B. u. II. C. u. II. D. u. II. E. u. II. F. u. II. G. u. II. H. u. II. I. u. II. J. u. II. K. u. II. L. u. II. M. u. II. N. u. II. O. u. II. P. u. II. Q. u. II. R. u. II. S. u. II. T. u. II. U. u. II. V. u. II. W. u. II. X. u. II. Y. u. II. Z. u. II. A. u. II. B. u. II. C. u. II. D. u. II. E. u. II. F. u. II. G. u. II. H. u. II. I. u. II. J. u. II. K. u. II. L. u. II. M. u. II. N. u. II. O. u. II. P. u. II. Q. u. II. R. u. II. S. u. II. T. u. II. U. u. II. V. u. II. W. u. II. X. u. II. Y. u. II. Z. u. II. A. u. II. B. u. II. C. u. II. D. u. II. E. u. II. F. u. II. G. u. II. H. u. II. I. u. II. J. u. II. K. u. II. L. u. II. M. u. II. N. u. II. O. u. II. P. u. II. Q. u. II. R. u. II. S. u. II. T. u. II. U. u. II. V. u. II. W. u. II. X. u. II. Y. u. II. Z. u. II. A. u. II. B. u. II. C. u. II. D. u. II. E. u. II. F. u. II. G. u. II. H. u. II. I. u. II. J. u. II. K. u. II. L. u. II. M. u. II. N. u. II. O. u. II. P. u. II. Q. u. II. R. u. II. S. u. II. T. u. II. U. u. II. V. u. II. W. u. II. X. u. II. Y. u. II. Z. u. II. A. u. II. B. u. II. C. u. II. D. u. II. E. u. II. F. u. II. G. u. II. H. u. II. I. u. II. J. u. II. K. u. II. L. u. II. M. u. II. N. u. II. O. u. II. P. u. II. Q. u. II. R. u. II. S. u. II. T. u. II. U. u. II. V. u. II. W. u. II. X. u. II. Y. u. II. Z. u. II. A. u. II. B. u. II. C. u. II. D. u. II. E. u. II. F. u. II. G. u. II. H. u. II. I. u. II. J. u. II. K. u. II. L. u. II. M. u. II. N. u. II. O. u. II. P. u. II. Q. u. II. R. u. II. S. u. II. T. u. II. U. u. II. V. u. II. W. u. II. X. u. II. Y. u. II. Z. u. II. A. u. II. B. u. II. C. u. II. D. u. II. E. u. II. F. u. II. G. u. II. H. u. II. I. u. II. J. u. II. K. u. II. L. u. II. M. u. II. N. u. II. O. u. II. P. u. II. Q. u. II. R. u. II. S. u. II. T. u. II. U. u. II. V. u. II. W. u. II. X. u. II. Y. u. II. Z. u. II. A. u. II. B. u. II. C. u. II. D. u. II. E. u. II. F. u. II. G. u. II. H. u. II. I. u. II. J. u. II. K. u. II. L. u. II. M. u. II. N. u. II. O. u. II. P. u. II. Q. u. II. R. u. II. S. u. II. T. u. II. U. u. II. V. u. II. W. u. II. X. u. II. Y. u. II. Z. u. II. A. u. II. B. u. II. C. u. II. D. u. II. E. u. II. F. u. II. G. u. II. H. u. II. I. u. II. J. u. II. K. u. II. L. u. II. M. u. II. N. u. II. O. u. II. P. u. II. Q. u. II. R. u. II. S. u. II. T. u. II. U. u. II. V. u. II. W. u. II. X. u. II. Y. u. II. Z. u. II. A. u. II. B. u. II. C. u. II. D. u. II. E. u. II. F. u. II. G. u. II. H. u. II. I. u. II. J. u. II. K. u. II. L. u. II. M. u. II. N. u. II. O. u. II. P. u. II. Q. u. II. R. u. II. S. u. II. T. u. II. U. u. II. V. u. II. W. u. II. X. u. II. Y. u. II. Z. u. II. A. u. II. B. u. II. C. u. II. D. u. II. E. u. II. F. u. II. G. u. II. H. u. II. I. u. II. J. u. II. K. u. II. L. u. II. M. u. II. N. u. II. O. u. II. P. u. II. Q. u. II. R. u. II. S. u. II. T. u. II. U. u. II. V. u. II. W. u. II. X. u. II. Y. u. II. Z. u. II. A. u. II. B. u. II. C. u. II. D. u. II. E. u. II. F. u. II. G. u. II. H. u. II. I. u. II. J. u. II. K. u. II. L. u. II. M. u. II. N. u. II. O. u. II. P. u. II. Q. u. II. R. u. II. S. u. II. T. u. II. U. u. II. V. u. II. W. u. II. X. u. II. Y. u. II. Z. u. II. A. u. II. B. u. II. C. u. II. D. u. II. E. u. II. F. u. II. G. u. II. H. u. II. I. u. II. J. u. II. K. u. II. L. u. II. M. u. II. N. u. II. O. u. II. P. u. II. Q. u. II. R. u. II. S. u. II. T. u. II. U. u. II. V. u. II. W. u. II. X. u. II. Y. u. II. Z. u. II. A. u. II. B. u. II. C. u. II. D. u. II. E. u. II. F. u. II. G. u. II. H. u. II. I. u. II. J. u. II. K. u. II. L. u. II. M. u. II. N. u. II. O. u. II. P. u. II. Q. u. II. R. u. II. S. u. II. T. u. II. U. u. II. V. u. II. W. u. II. X. u. II. Y. u. II. Z. u. II. A. u. II. B. u. II. C. u. II. D. u. II. E. u. II. F. u. II. G. u. II. H. u. II. I. u. II. J. u. II. K. u. II. L. u. II. M. u. II. N. u. II. O. u. II. P. u. II. Q. u. II. R. u. II. S. u. II. T. u. II. U. u. II. V. u. II. W. u. II. X. u. II. Y. u. II. Z. u. II. A. u. II. B. u. II. C. u. II. D. u. II. E. u. II. F. u. II. G. u. II. H. u. II. I. u. II. J. u. II. K. u. II. L. u. II. M. u. II. N. u. II. O. u. II. P. u. II. Q. u. II. R. u. II. S. u. II. T. u. II. U. u. II. V. u. II. W. u. II. X. u. II. Y. u. II. Z. u. II. A. u. II. B. u. II. C. u. II. D. u. II. E. u. II. F. u. II. G. u. II. H. u. II. I. u. II. J. u. II. K. u. II. L. u. II. M. u. II. N. u. II. O. u. II. P. u. II. Q. u. II. R. u. II. S. u. II. T. u. II. U. u. II. V. u. II. W. u. II. X. u. II. Y. u. II. Z. u. II. A. u. II. B. u. II. C. u. II. D. u. II. E. u. II. F. u. II. G. u. II. H. u. II. I. u. II. J. u. II. K. u. II. L. u. II. M. u. II. N. u. II. O. u. II. P. u. II. Q. u. II. R. u. II. S. u. II. T. u. II. U. u. II. V. u. II. W. u. II. X. u. II. Y. u. II. Z. u. II. A. u. II. B. u. II. C. u. II. D. u. II. E. u. II. F. u. II. G. u. II. H. u. II. I. u. II. J. u. II. K. u. II. L. u. II. M. u. II. N. u. II. O. u. II. P. u. II. Q. u. II. R. u. II. S. u. II. T. u. II. U. u. II. V. u. II. W. u. II. X. u. II. Y. u. II. Z. u. II. A. u. II. B. u. II. C. u. II. D. u. II. E. u. II. F. u. II. G. u. II. H. u. II. I. u. II. J. u. II. K. u. II. L. u. II. M. u. II. N. u. II. O. u. II. P.

Aus der Frauenbewegung.

Frauen und Mädchen!

Seht die Wählerlisten nach!

Ihr habt zum erstenmal das Wahlrecht, verliert es nicht durch eigene Schuld! Wer nicht in der Wählerliste steht oder dessen Namen und Adresse unrichtig geschrieben ist, darf am 19. Januar nicht wählen.

Bedenkt, mit welcher Hast und Eile die Listen aufgestellt wurden! Viele von Euch werden gar nicht, andere mit falscher Wohnungsangabe eingetragen sein.

Berechtigt Euch mit Ausweisdapicieren: Mietvertrag, die letzte Steuerquittung, oder Einwohnernachrichte!

Niemand darf das Wahlrecht durch eigene Nachlässigkeit verlieren! Jede nicht abgegebene Stimme kann dem politischen Gegner zum Siege verhelfen, der eigenen Partei aber die Niederlage bringen.

Die Ausgeschickten und die Tageszeiten, in denen die Listen eingesehen werden können, sind aus den öffentlichen Anschlägen zu ersehen.

Frauen und Mädchen geht sofort! Denn am 6. Januar abends ist die Auslegungsfrist abgelaufen. Ihr habt also keine Zeit zu verlieren!

Frauen, auf zur Kleinarbeit!

Die Wahlen zur Nationalversammlung stehen vor der Tür. Die Frauen aufzuklären, sie zu organisieren und zu leiten unserer Parteipresse zu machen, ist deshalb das Gebot der Stunde.

Es gibt zwar Genossen, die meinen, wir haben stets gemeinsame Organisationen mit gleichen Rechten für beide Geschlechter gehabt, die gleichermäÙig die Interessen des Mannes wie der Frauen vertreten, so daß besondere Maßnahmen für die Frauen überflüssig erscheinen. Aber ich behaupte, unsere Organisationen in ihrer Gesamtheit sind nicht in der Lage, die Frauen in der jetzt erforderlichen Weise zum politischen Leben, zur Arbeit in unserem Sinne heranzuziehen; das ist und bleibt eine Spezialaufgabe der organisierten Frauen.

Wir Frauen haben die Macht in der Hand, wir sind die Mehrheit der Wähler! Besagt das nicht allein genug, wenn man bedenkt, daß sicher ein großer Teil aller Wählerinnen von morgen heute noch völlig unorientiert dastehen? Sie haben noch keine Ahnung, um was es geht, was auch für sie auf dem Spiele steht und welche eminente Macht ihnen mit dem Stimmzettel in die Hand gegeben ist. Sie wissen, dank der Hebe der bürgerlichen Presse, die die große Masse auch der Arbeiterfrauen heilt, nicht einmal, wem sie all das Geld spenden, das uns in der nächsten Zukunft noch höher laßt, sie sprechen kritisch noch, was ihnen ihr Blatt erzählt von der Mißwirtschaft der Soldatenräte und der trostlosen Zeit, der uns die neue Regierung entgegenführt. Wir müssen aufklären!

Diese Politisierung der Frauen kann nach meinem Dafürhalten in wünschenswerter Weise nur in kleinen Zirkeln erfolgen. Unsere öffentlichen Versammlungen machen allerdings immer einen sehr imponierenden Eindruck, haben aber verhältnismäÙig wenig propagandistische Kraft, weil die Anwesenden stets zum ganz überwiegenden Teil bereits Anhänger unserer Sache sind. Und soweit sie es nicht sind, erwäÙt den Anwesenden aus einer wohlwollenden Rede eines großen Politikers selten viel Gewinn, da das Unverständnis unvorstellbar bleibt; denn Personen, die bisher nichts als ihren engen Kreis kannten, wagen fast nie, öffentlich zu sprechen oder zu fragen. — Ein größerer Teil der Parteigenossen hält ja auch diese Art der „Aufklärung“ — und darum handelt es sich doch letzten Endes immer bei den Versammlungen — nicht für das allein Richtige, sondern wünscht außerdem seminaristische Übungen einzuführen, d. i. die Form von Rede und Gegenrede zwischen Vortragenden und Ödem.

Für die politisch völlig ungeschulten Frauen erscheint mir dies das einzig Erfolg versprechende. Man sage nicht, es fehlen die Kräfte hierfür. — Gerade für diese Art der Vorträge stehen meiner Kenntnis nach ein großer Teil speziell weiblicher Parteimitglieder zur Verfügung, die gute Sozialisten sind, denen aber die Gabe der Rede nicht in dem Maße eignet, daß sie 15stündige Vorträge halten können. Diese wären für die angeregte Art der Frauensammensünfte ausfindig zu machen und als Leiterinnen der gedachten kleinen Zusammenkünfte zu bestimmen.

Ich würde mir die Organisation dieser großzügigen Frauenaufklärung so denken, daß jeder Wahlkreis (die ganz großen Wahlkreise vielleicht viertelweise) eine Genossin erwäÙt, bei der nicht in erster Linie auf rednerische, sondern auf organisatorische, agitatorische Fähigkeiten und wahren Sozialismus gesehen wird. Wir müssen und doch nach und nach gewöhnen, die geeigneten Menschen für die geeigneten Stellen zu finden und nicht fast kritiklos für die ersten Vorken die zu nehmen, die, wie der Berliner sagt, die „größte Schwärze“ haben. — Hier im kleinen wie sonst im großen! Die Frauen haben da einen scharfen Blick und werden schon die Rechte finden, wenn sie wissen, um was es geht.

Also diese organisatorisch befähigte Genossin hätte in Anlehnung an die Frauenaubende eine Zusammenkunft der im Vorbergrund der Bewegung des Kreises stehenden Genossinnen zusammenzurufen und mit ihnen Richtlinien zu besprechen. Ich verlege dieses Ausarbeiten der Richtlinien absichtlich in die einzelnen Kreise und bin nicht für eine Regelung von der Berliner Zeitung, weil erstens in den verschiedenen Kreisen die Art der Agitation nach der Struktur der Bevölkerung verschieden sein wird (man denke z. B. an den 4. oder 6. Kreis einerseits und an die westlichen Vororte

andererseits), und zweitens und vor allem wird die Arbeitsfreudigkeit der Genossinnen sich steigern, wenn sie ihren eigenen Gedanken Gestalt geben. Ein Spötteln über „berliche Frauenräte“ mag man solange unterlassen, bis es erwiesen ist, daß die zentrale Zeitung wirklich das allein Seligmachende ist.

Der Wert dieser Verdäugungsmöglichkeit für die Genossinnen liegt m. E. darin, daß großen Kreisen der überzeugten Sozialistinnen, die heute mit blutendem Herzen die Früchte der Revolution verschanden sehen, hier ein Arbeitsfeld gegeben wird, das ihnen vielleicht einen Teil der schlimmen Resignation nimmt, die jetzt einzubrechen droht.

Die ganz überwiegende Mehrzahl der Frauen hat doch eine — durch die jahrhundertelange Entrechtung der Frau verständliche — Scheu vor der Öffentlichkeit. Aber so von Mund zu Mund zu agilitieren vermögen unendlich viel, vollends, wenn ihnen vielleicht die Abonnementeinladung für die „Freiheit“ in der Hand erst einen Anknüpfungspunkt gegeben hat.

Es gibt m. E. jetzt keine wichtigere Aufgabe, als recht viel Leser für unsere Parteipresse zu gewinnen, denn wenn die bürgerliche Presse in dieser Zeit des allgemeinen, interessierlosesten Zeitungslasens noch lange die Gemüter mit ihren Vagenaussichten vergiften kann, können wir für die Wahlen nur sagen: „Laßt alle Hoffnung draußen!“

Um dem entgegenzuwirken wird es vordentsprechend sein, ganz kleine Gruppen, je nach der Einwohnerzahl vielleicht 5—15 Häuser, zusammenzurufen und so im kleinen Kreise vertraut mit den Frauen zu sprechen, sie über die Grundideen des Sozialismus aufzuklären und ihre entgegenstehenden Ansichten zu widerlegen. Die Anknüpfung eines Gesprächs wird vielen Frauen erleichtert, wenn sie auch noch ein Flugblatt überreichen können, das die wohlberechtigten Frauen und Mädchen zu einer solchen Zusammenkunft einlädt, die ihnen Gelegenheit bieten soll, sich politisch zu orientieren. Erst hiernach wenn die Frauen schon einige Ahnung haben, um was es geht, kann ihnen der Versammlungsbesuch etwas geben, aber ehe diese Kleinarbeit nicht geleistet ist, werden wir die breite Masse der Frauen wohl kaum in die großen Säle bekommen.

Tagu kommt, daß wir seit dem 9. November unsere ständige Situation nicht genügend ausnützen. Die bürgerlichen Frauen haben allmähentlich z. B. in unserem Vorort Charlottenburg zwei große „belehrende Veranstaltungen“ über das Frauenwahlrecht. Wir beschränken uns, wie schon gesagt, auf die großen Volksversammlungen. Allerdings ist jetzt ein großer Teil der intelligenten Parteigenossen mit der „Neuordnung des Staates“ beschäftigt, aber umso mehr erwäÙt jedem ungenannten, unbekanntem Parteimitglied die Pflicht, sein Teil zu tun.

Unsere Genossinnen sind auch, wo ich hinhörte, mit Freude in dieser Art Aufklärungsarbeit bereit, und ihr „Hier sind wir wollen etwas tun“ sollte m. E. augenblicklich in der beschriebenen Weise in Taten umgesetzt werden.

Man wende nicht ein, wen der Jahre Krieg nicht denken gelehrt haben, an dem scheine Kopfen und Maß verloren. Die Frauen haben ja vielfach gar nicht Gelegenheit gehabt, das entsetzliche Geschehen der letzten Jahre von einem Standpunkt zu betrachten, der sie sehend gemacht hätte. Man braucht nur die Namen „Morgenpost“, „Berliner Allgemeine Zeitung“, „Kolonanziger“ und den „Vorwärts“ zu nennen, um zu verstehen, daß die Frauen immer noch meinen, der Hauptfeind sei das Ausland! Aber die Kriegsjahre haben guten Boden bereitet für unsere Agitation, und das durch das Frauenwahlrecht allgemein erwachende politische Interesse muß zu Wind für unsere Mühen werden wenn wir tatkräftig sind.

Die gedachte Agitation muß so planmäÙig vor sich gehen, daß kein Haub und also keine Frau übergangen wird, und es müÙte doch schließlich um unsere Sache stehen, wenn dies keine befriedigenden Resultate ergäÙe!

Empor schlug die Welle,
Die Wogen der Wahrheit
Eröfen die Menschheit,
Eröbern das Reich!

Luch Peters.

Nachwort der Redaktion: Obiger Artikel scheint uns sehr wohl der Diskussion in den bestehenden Frauencleabenden wert. Wenn auch durch die Anderräumung der Wahlen auf den viel früheren Termin, statt 16. Februar 19. Januar, die Zeit zur Aufklärung sehr kurz ist, so gilt es, nicht nur Wählerinnen für die U. S. V. D. zu gewinnen, sondern weit darüber hinaus, das weibliche Proletariat in seiner Gesamtheit mit Hilfe der hier vorgelegenen Aufklärungsarbeit dem Sozialismus zuzuführen.

Fürsorgezöglinge.

Welch unangenehmen Klang hat dieses Wort für einen großen Teil der Bevölkerung! Wieviel Jammer und Leid, wieviel kindliche Not birgt es für den Eingeweihten!

Man sehe nur einmal die Alken der Zöglinge durch. Schlechte häußliche Verhältnisse, der Vater Trinker, die Mutter leichtsinnig oder krank. Ertliche Belastung, geistige Minderwertigkeit finden wir nur zu häufig verzeichnet. Der weitens größte Teil besteht aus Waisenkinder. Ertlich kranke Menschen, die wir nicht voll für ihre Handlungen verantwortlich machen dürfen.

Dieses Mitleid ergreift uns beim Studium der Alken. Diese armen Menschenkinder müssen wie Kranke behandelt, müssen mit sehr viel Liebe erzogen werden. Sie müssen in die Fürsorge der Allgemeinheit genommen werden, weil ihnen das Elternhaus aus diesem oder jenem Grunde die Fürsorge verweigert.

Nur sollte man die Kinder und Jugendlichen nicht erst schuldig werden lassen, um dann die Erziehung zu beginnen. Schon bei der Gefährdung muß sich die Gesellschaft der Schutzbedürftigen annehmen. So will es das Fürsorge-Erziehungsgeß. Nach ihm ist es möglich, daß ein Säugling in Fürsorge-Erziehung genommen wird, wenn die Eltern aus irgend einem Grunde moralisch versagen. Vorbeugen — nicht strafen!

Im allgemeinen ist der Verlauf ein anderer. Hat sich ein junger Mensch strafbar gemacht, so wird er in Fürsorgeerziehung gebracht. Beispiel leichter wäre es, den schwachen, jungen Menschen zu führen, als den gebrochenen wieder zu heilen.

Wie tief die früheren Verhältnisse auf die Jugend einwirken, haben uns die letzten Jahre gezeigt. So kamen in Berlin im Jahre 1916/18 1050, im Jahre 1918/17 1600 und im Jahre 1917/16 1300 Jugendliche und Kinder in Fürsorgeerziehung. Die hohe Zahl der Gefährdeten ist zu einem Teil auf die fehlende Erziehung durch den Vater und zum anderen auf die Wirnisse des Krieges zurückzuführen. Es zeigt sich deutlich, daß nach dem zweiten Kriegsjahre, als die älteren Jahrgänge eingezogen wurden, die Zahl rapide in die Höhe schnell, um dann im nächsten Jahre wieder bedeutend zu sinken. Es ist dies die Zeit, wo die Jugendlichen in großen Massen zu den Waffen gerufen wurden und die Löhne erheblich stiegen.

Berlin hat gegenwärtig 6200 Fürsorgezöglinge zu betreuen, von denen nur 760 in eigenen Anstalten untergebracht sind. In der großen landwirtschaftlichen Erziehungsanstalt Strausberg befinden sich 200 männliche Zöglinge. Für die Schulpflichtigen ist eine Anstalt eingerichtet. Den Erwachsenen wird neben der beruflichen Arbeit auch wissenschaftlicher Unterricht erteilt. Die Anstalt mit ihren geläufigen Gebäuden in gepflegten parkartigen Anlagen macht den freundlichsten Eindruck. Die Lichtenberger Anstalt Lindenhof zählt ebenfalls 200 Zöglinge. Hier werden die jungen Burden in der Anstalt selbst von tüchtigen Weibern in den verschiedensten Handwerken ausgebildet. Einzelne von ihnen sind auch bei Berliner Meistern in der Lehre und wohnen nur in der Anstalt.

Im Urbar in Nehtendorf befinden sich 270 meist schulpflichtige Kinder beiderlei Geschlechts. Ferner hat Berlin in Luckenwalde ein Gefährtsheim für Fürsorgezöglinge eingerichtet, in welchem sich zur Zeit 40 Zöglinge befinden.

War es schon früher schwer, Zöglingen mit Kost und Logis zu finden, so wurde es im Erige immer schwieriger. Dieser Notstand führte zur Gründung des Heimes. Für die Zöglinge birgt es den Vorteil der besseren Verpflegung neben guten Schlaf- und Wohnräumen. Auch sind sie gelehrt vor Ausnutzung an häußlichen Arbeiten nach den Arbeitsstunden. Ferner können sie auch bei größeren Firmen, die grundsätzlich Kost und Logis nicht geben, untergebracht werden. Ein Direktor leitet das Heim, geschulte Erzieher leben ihm zur Seite. Garten und Turnplatz sorgen für die nötige Bewegung im Freien.

In Kleinberren, der einzigen städtischen Anstalt für weibliche Zöglinge über 14 Jahren, finden nur 50 Mädchen Aufnahme, die hier namentlich in der Hauswirtschaft unterrichtet werden.

Die Berliner Anstalten sind von modernem Geist getragen. An ihrer Spitze stehen Pädagogen mit warmen Herzen. Die Leiter sind den Zöglingen Freund und Vater. Wir freuen uns dieses Verhältnisses und betrachten die Entwicklung zu demselben mit Genugtuung; denn als es vor 5—10 Jahren in der Lichtenberger Anstalt zu großen Aufzeichnungen der Zöglinge wegen schwerer körperlicher FäÙigungen kam, wiesen unsere Genossen darauf hin, daß nicht der Wafel, sondern liebevolles Verhalten dort herrschen müÙten, um bessere Resultate zu erzielen. Ein Locher der bürgerlichen Stadtbücher war die Antwort. Heute haben unsere Anschauungen geist.

Früher sahen die Jungen in der Anstalt hinter vergitterten Fenstern und fühlten sich als Sträflinge. Jetzt haben die jungen Burden selbst die Gitter durchfallen dürfen. An ihrer Stelle stehen jetzt Plamontöpfe vor den Fenstern. Entweichungen kommen trotzdem nur selten vor.

Der weitens größte Teil der Zöglinge ist heute noch in privaten Anstalten, die vorwiegend von Glaubensgemeinschaften unterhalten werden, untergebracht.

Andere Zöglinge sind in Lehrstellen auswärts und bei Landwirten in Stellung. Erziehungsinspektoren besuchen diese regelmäßig. Ausführlische Vier-Jahresberichte halten die Verwaltung auf dem laufenden.

Die Resultate der Fürsorgeerziehung sind zufriedenstellend, obwohl auch gesagt werden muß, daß dieselbe bei dem spröden Material auch häufig verlagert.

Wir bedauern nur immer, daß sich so wenig Menschen für diese Einrichtungen interessieren, sonst könnte nicht ein so falsches Bild von der Fürsorgeerziehung und den Anstalten bestehen. Wer einmal die Berliner Anstalten besucht hat, wird den Eindruck des Bedauerns mitnehmen, daß erst die Kinder schuldig werden müssen, um einer solchen Erziehung teilhaftig zu werden. Hätten sie von frühester Jugend an eine solche Erge und Erziehung genossen, so wären sie zu besseren Menschen herangewachsen.

Es ist eine ebenso notwendige wie dankenswerte Aufgabe der neuen Stadtverwaltung, die Fürsorgeerziehung und ihre Anstalten weiter nach sozialpädagogischen Grundätzen auszubauen. Dies ist um so dringender als bekanntlich das „moralische Stablab Krieg“ große stitliche Schäden hervorgerufen hat.

Eine Aufgabe, an deren Lösung die Frauen an hervortreten der Stelle mitarbeiten müssen. R. B.

„Freie Turnerschaft“, Charlottenbu 9.

Allen Mitgliedern und Freunden unseres Vereins zur Nachricht, daß am Dienstag, den 7. Januar, abends 8 Uhr unser Turnfest in der Kunstgewerbeschule, Wilmersdorfer Str., wieder aufgenommen wird.

Arbeiterinnen! Arbeiter! Soldaten! Parteigenossen!

am 6. Januar, abends 7 1/2 Uhr
in der Gumboldt-Sälen, Gumboldtstr. 112
Öffentliche Vortragsveranstaltung

Sozialismus oder Nationalversammlung

am 10. und 11. Januar, abends 7 1/2 Uhr
in der Gumboldt-Sälen, Gumboldtstr. 112
Öffentliche Vortragsveranstaltung

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin N54, Linienstraße 83-85.
Geschäftszeit von 9-1 Uhr und von 4-7 Uhr.
Telephon: Amt Berlin 145, 1229, 1087, 0714.

Montag, den 6. Januar 1919, abends 6 1/2 Uhr

Gruppen-Versammlung

der Werkzeugfleißer

in den Gumboldt-Sälen, Gumboldtstr. 40.
Tagesordnung:
Bericht über den Herbstvortrag.
Nächste Jahressitzung ist angesetzt, Näheres zu ersehen.

Wanderausstellung

der Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten

Jerusalemstraße 17

(Wachsnachbildungen, Abbildungen, Wandtafeln u. anatomische Präparate)

5-31. Januar

Geöffnet von 10-9 Uhr. Von 5 Uhr Nachmittag an allstündlich ärztl. Führungsvorträge (Mittwoch Nachmittag nur für Frauen).
Eröffnung: Sonntag 1 Uhr. Eröffnung: Sonntag 1 Uhr.

Unabhängige Sozialdemokratische Partei Berlin.

Zwei öffentliche Volksversammlungen!

Montag, den 6. Januar 1919, abends 7 Uhr:

Gewerkschaftshaus, Engelufer 15
Zentraltheatersäle, Alte Jakobstraße 30

Tagesordnung:

Die politische Lage und die Wahl zur Nationalversammlung.

Referenten: Wilhelm Viebig, G. Sabath.

Der Propaganda-Ausschuß.

Unabhängige Sozialdemokratische Partei

Sonntag, 5. Januar, nachm. 2 Uhr:

Öffentliche Frauen-Versammlung

Kronenbrauerei, Alt-Moabit 47

Thema: Die Frauen und die Nationalversammlung

Referentin: **Elfride Ritter**

Propaganda-Ausschuß.

Unabhängige Sozialdemokratische Partei Berlin.

Dienstag, den 7. Januar, abends 7 Uhr:

4 öffentliche Versammlungen

Friedrich-Werder-Gymnasium, Niederwallstraße 12.

Sophien-Gymnasium, Steinstraße 33/34.

Lyzeum, Greifswalderstraße 24.

Germaniasäle, Chausseestraße.

Tagesordnung:

Revolution, Sozialismus und Nationalversammlung

Referenten: Emil Eichhorn, Dr. Rosenfeld, Herm. Weise, Dr. Weyl

Propaganda-Ausschuß.

Unabhängige Sozialdemokratische Partei, Berlin.

Freitag, den 10. Januar 1919, abends 7 Uhr:

Vier öffentliche Versammlungen

für die **jungen Wähler (20—25 jährige)**

Hula Luisenstädtische Oberrealschule, Dresdener Straße 113

Hula Lessing-Gymnasium, Bankstraße 18—19

Hula Sophien-Realgymnasium, Steinstraße

Hula Gemeindefschule, Tilgiter Straße 4—5.

Tagesordnung: Die jugendlichen Wähler und die Nationalversammlung.

Referenten: E. Neumann, M. Peters, W. Scheuk, C. Rosenfeld.

Arbeiter, Angestellte, Soldaten sorgt für Massenbesuch!

Der Propaganda-Ausschuß.

Die Funktionäre werden gebeten, dieses Inserat auszuschneiden und in den Betrieben und Kasernen auszuhängen.

Achtung! Kriegsgesellschaften!

Heute, Sonntag, vorm. 11 Uhr
Öffentliche Versammlung

bei Angehörigen der Kriegsmittel-F. G. vor der Zeitrope zum alten Museum im Lustgarten.

Tagesordnung:

1. Die bevorstehenden Wahlen 2. Freie Aussprache.

Angestellte der Kriegsmittel-F. G. und aller anderen Kriegsgesellschaften!

Erscheint in Massen! Bitte willkommen!

Der Einberufer:
Gustav Rubin.

Schwimmverein „Vorwärts“, Berlin 1897.

Am Sonntag, den 5. Januar, nachmittags 2 Uhr, findet im Gewerkschaftshaus, Engelufer 15, Saal 5, die

Generalversammlung

des Vereins statt.

Alle Mitglieder, besonders die aus dem Feilde zurückgekehrten, werden dringend gebeten, zu erscheinen.

Von 5 Uhr ab im Saal 4 (großer Saal) Tanz.

Der Vorstand.

Niederhönhausen, U. S. P. D.

Montag, den 6. Januar 1919, abends 7¹/₂ Uhr, im Lokal von Helm, Blauenburger Straße 4:

Große öffentliche Volksversammlung

Tagesordnung: 1. Die Revolution und die Nationalwahl.

Referent: Karl Liedtke.

2. Freie Aussprache.

Arbeiter und Arbeiterinnen erscheint in Massen!

B. U.: J. Brandhorst, Am 10. Wilhelm Str. 55.

Wahlverein Britz-Buckow, U. S. P. D.

Dienstag, den 7. Januar, abends 7 Uhr, in

Beckers Gesellschaftshaus, Britz, Chausseestr. 97

Öffentliche Wählerversammlung

Um zahlreiches Erscheinen wird gebeten.

Redakteur

für den politischen Teil des Volksfreund der U. S. P., Braunschweig zum möglichsten sofortigen Antritt gesucht. Nur bessere Kraft kommt in Betracht. Bewerbungen mit Gehaltsansprüchen an den Verlag in Braunschweig, Schloßstraße 8, erbeten.

Achtung! Privatangestellte!

Der Zentralausschuß der Angestelltenausschüsse Groß-Berlins ist zusammgetreten. Seine Aufgabe besteht darin, die Arbeit der Angestelltenausschüsse zu fördern. Es ist empfehlenswert, daß alle Angestelltenausschüsse Groß-Berlins, sich ihm anschließen und ihre Adressen einsenden an:

Zentralausschuß der Angestelltenausschüsse Groß-Berlins
Berlin NW 52, Weritstraße 7.

Streiklokale

des **Verbandes der Gastwirtsgehilfen.**

Die Kollegen aus den verschiedenen Stadtteilen treffen sich zur Kontrolle in der Zeit von

.10 bis 11 und 4 bis 6 Uhr:

Westen:

Schwarzer Adler, Schöneberg, Hauptstraße.

Kruschwitz, Kurfürstendamm 245.

Wiemer, Bülowstraße 58.

Erdmann, Köthener Straße 47.

Wolter, Köthener Straße 48.

Friedrichstadt:

Grindel, Zimmerstraße 30.

Fröhlich, Taubenstraße 42.

Bösel, Kleine Mauerstraße 6/7.

Ieffram, Mittelstraße 65.

Müller, Weidendamm 1.

Bruft, Mauerstraße 94.

Riek, Friedrichstraße 44.

Zentrum:

Wegner, Seydelstraße 31.

Walter (Hotel zum Löwen), Jädenstraße 55.

Kaffee und Restaurant, Neue Königl. 54.

Restaurant, Große Frankfurter Straße 30.

Süden, Neukölln:

Restaurant z. Handelsstätte, Friedrichstr. 16.

Friß Taeger, Hasenheide.

Sonstige:

A. Rein, Ackerstraße 68.

Charlottenburg, Kaiser-Friedrich-Str. 29.

U. S. P. Charlottenburg

Nach dem Uebertritt vieler Mitglieder zum Spartakusbund muß eine Reorganisation des Parteiverbands stattfinden, ein neuer Vorstand gewählt und die Wahl zur Nationalversammlung vorbereitet werden.

Die auf dem Boden der U. S. P. stehenden Mitglieder versammeln sich deshalb am Montag, den

6. Januar, abends 7¹/₂ Uhr, im Volkshaus, Charlotten-

burg, Roslaenstr. 3.

I. A.

Dr. Hertz,

Charlottenburg, Neue Kantstr. 3.

U. S. P. 1. Kreis.

Mittwoch, den 8. Januar, abends 7 Uhr
im goldenen Löwen, Sädenstr. 55

Zahlabend.

Da äußerst wichtige Fragen zur Erörterung stehen,

ist zahlreiches Erscheinen unbedingt erforderlich.

Der Vorstand, J. U. Kiede.